

**„Europa“ in politischen  
Fernsehgesprächssendungen.  
Eine exemplarische Betrachtung von  
„Sabine Christiansen“ und „Berlin Mitte“**

*Dr. Christian Schicha*



BiTS  
Business and Information Technology School  
Reiterweg  
58636 Iserlohn  
Tel.: +49(0) 2371/776-0  
Fax: +49 (0) 2371/776-503  
[www.bits-iserlohn.de](http://www.bits-iserlohn.de)  
[info@bits-iserlohn](mailto:info@bits-iserlohn)  
ISBN-9808228-2-6  
Februar 2005

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Fragestellung	3
2 Merkmale politischer Talkshows	4
3 „Sabine Christiansen“ (ARD)	6
3.1 Format und Hintergrund	6
3.2 Zur Sendung vom 6.6.2004 „Europa wählt - und keiner geht hin?“	10
4 „Berlin Mitte“	15
4.1 Format und Hintergrund	15
4.2 Zur Sendung vom 3. Juni 2004 „Europa startet durch. Bleibt Deutschland auf der Strecke?“	16
5 Vergleichende Betrachtung	20
6 Fazit	23
7 Literatur	25
8 Informationen über den Autor	27
9 Auswahl aus dem Schriftenverzeichnis	28

# **„Europa“ in politischen Fernsehgesprächssendungen. Eine exemplarische Betrachtung von „Sabine Christiansen“ und „Berlin Mitte“**

*Christian Schicha*

## **1 Einleitung und Fragestellung**

Das Interesse der breiten Öffentlichkeit an der Europawahl hielt sich in engen Grenzen. Die Spitzenkandidaten waren weitestgehend unbekannt. Die Parteien verzichteten im Wahlkampf z.T. ganz darauf, die Köpfe der Brüsseler Kandidaten abzudrucken und setzten eher auf die Plakatierung von bekannten Bundespolitikern oder allgemeinen Slogans. Die Abläufe im europäischen Parlament sind nach wie vor für den überwiegenden Teil der breiten Bevölkerung wenig transparent gewesen, und der Schwerpunkt „Europa“ gehörte auch im Rahmen der Fernsehberichterstattung nicht gerade zu den zentralen Themen (vgl. den Beitrag von F. Brettschneider/M. Rettich in diesem Band).

Immerhin gab es von der Talkrunde „Berlin Mitte“ (ZDF) im Jahr 2004 drei Ausgaben mit einem Europaschwerpunkt, während bei „Sabine Christiansen“ (ARD) zwei Sendungen das Thema „Europa“ auf ihre Agenda setzten.<sup>1</sup>

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, in welcher Form „Europa“ in den beiden populärsten politischen Fernsehtalkshows im öffentlich-rechtlichen Fernsehen erörtert wurde. Dabei wird u.a. darauf geachtet, ob die untersuchten Politikerdiskussionen als aktive Möglichkeit genutzt wurden, um politische Inhalte zu transportieren oder ob eher der parteipolitische Schlagabtausch im Vordergrund der beteiligten Gesprächspartner stand (vgl. R. Burkhart 1983. Schließlich haben gerade die öffentlich-rechtlichen Formate u.a. den Programmauftrag, ihrer Kritik-, Kontroll- und Informationsfunktion in angemessenem Maße nachzukommen (vgl. Meyer/Ontrup/Schicha 2000). Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt der Untersuchung:

- Nach welchen Kriterien wurden die Gäste ausgewählt?
- Wie haben sich die Diskussionsteilnehmer in der Runde positioniert, und welche Rolle haben sie dabei eingenommen?
- Geht es den Debattierenden eher um argumentative Verständigung oder um wahlkampfzentrierte Konfrontation?
- Wie war das Diskursniveau in bezug auf Informativität und Sachlichkeit ausgeprägt?

---

<sup>1</sup> Am Tag der Europawahl wurde bei Christiansen am 13. Juni 2004 eine weitere Sendung zum Thema mit dem Titel: „Super-Wahltag: Denkwort für die Politik?“ ausgestrahlt, die bei einer Zuschauerzahl von 2,48 Millionen einen Marktanteil vom 8,9% erzielte.

In „Berlin Mitte“ gab es bereits am 29. April 2004 eine Sendung zum Thema „Europa ohne Grenzen. Kann Deutschland mithalten?“.

„Berlin Mitte“ am 22. April 2004 trug den Titel: „Angst vor den neuen Nachbarn. Deutschlands Wohlstand in Gefahr?“, an der auch der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) eingeladen worden ist, der auch als Gast der Ausgabe von „Sabine Christiansen“ zugegen war, die im Folgenden genauer betrachtet wird. Schon aus diesem Grund ist diese Sendung nicht weitergehend berücksichtigt worden, da ähnliche Statements des ehemaligen Bundespräsidenten zu erwarten waren. Eine Auswertung der skizzierten drei weiteren Gesprächssendungen zum Thema Europa würde auch den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Daher reduziert sich dieser Text auf die Analyse der ARD-Talkshow vom 6. Juni 2004 und der ZDF-Gesprächsrunde vom 3. Juni 2004. Beide Talkrunden fanden kurz vor der Europawahl statt, so dass ein besserer Vergleich möglich ist, als wenn eine der April-Ausgaben von „Berlin Mitte“ oder die „Christiansen“-Ausgabe vom Europawahltag im Juni ausgewählt worden wäre.

- Was lässt sich über die Qualität der Gesprächsleitung sagen?
- Inwiefern kamen unterhaltende Elemente in den Fernsehdebatten zum Zuge?
- Kamen die Gäste gleichberechtigt zu Wort?
- Welche konkreten Informationen und Inhalte wurden über die Europapolitik vermittelt?
- Wurden neben dem Europaschwerpunkt weitere Themenfelder erörtert?

Zunächst werden nach allgemeinen Bemerkungen zum Genre der politischen Talkshow die gewählten Formate in einen allgemeinen Rahmen gestellt, um einige Spezifika der jeweiligen Sendetypen sowie Charakteristika im Moderationsstil der Gesprächsleiterinnen aufzuzeigen. Daran anschließend werden die Kernaussagen der Diskussionsrunden aus den beiden untersuchten Sendungen skizziert, damit ein Überblick über die Argumente der Gesprächspartner gewonnen werden kann.<sup>2</sup> Dabei wird nicht der Debattenverlauf in seiner konkreten Reihenfolge wiedergegeben, sondern die relevanten Argumente und Kernthesen der Diskutanten sowie ihr Verhalten in der Debatte zusammengefasst und in Ausschnitten zitiert.<sup>3</sup>

In einem abschließenden Fazit werden die beschriebenen Aussagen der Diskutanten und Moderatorinnen unter Rekurs auf die skizzierten Fragen bewertet und verglichen.

## 2 Merkmale politischer Talkshows

Politische Talkshows sind angehalten, einerseits über politische Zusammenhänge zu informieren, dies aber auch in einer unterhaltsamen Form zu bewerkstelligen, um die Aufmerksamkeit möglichst vieler Rezipienten zu erreichen. Die Reduktion komplexer politischer Zusammenhänge durch die Wortbeiträge der an der Debatte beteiligten Protagonisten in einem begrenzten Zeitrahmen gehört zu den zentralen Aufgaben der Diskussionsteilnehmer. Gleichwohl wird von ihnen Schlagfertigkeit und Durchsetzungsvermögen gegenüber den Mitdiskutanten erwartet.

Die normativen Ansprüche an politische Diskussionssendungen liegen darin, möglichst viele Informationen über die angesprochene Thematik zu vermitteln. Unterschiedliche Meinungen und kontroverse Standpunkte sollen argumentativ ausgetragen werden, um politische Alternativen sichtbar werden zu lassen sowie Lösungen durch Verständigung und Kompromisse zu erreichen (vgl. Y. Petter-Zimmer 1990).

Diese idealtypischen Anforderungen sind jedoch von der empirischen Praxis weit entfernt. Faktisch geht es in den Sendungen in erster Linie um eine optimale Selbstdarstellung der Beteiligten. Als Adressat der Argumente fungiert weniger der Mitdiskutant, sondern der Fernsehzuschauer.

„An sie richten sich die Botschaften und die Selbstpräsentationen der PolitikerInnen und JournalistInnen. Sie sind sozusagen das goldene Kalb, um dessen Gunst man für potentielle Wahlen oder Einschaltquoten wirbt, um sich legitimieren zu lassen.“ (B. Schaffar 2002: 148)

<sup>2</sup> Mein Dank gilt dem Redaktionsleiter von „Sabine Christiansen“, Wolfgang Klein, sowie Sabine Orner aus der Redaktion von „Berlin Mitte“, die mir die Videobänder zu den untersuchten Sendungen kostenlos zur Verfügung stellten.

<sup>3</sup> Die Konzentration der Auswertung wird dabei nur auf die inhaltlichen Aussagen der Sendungen gerichtet. Weder die Körpersprache, noch die Kameraführung, die bei der Wirkung auf die Rezipienten eine wichtige Rolle einnehmen, können berücksichtigt werden (vgl. S. Christiansen/R. Eser 1999, L. Weinrich 1992). Die Fragetechniken der Moderatorinnen werden auch nur am Rande thematisiert. Sie fließen jedoch in die allgemeine Bewertung ein, die in der Sekundärliteratur bereits unabhängig von der konkreten Auswertung der beiden Sendungen berücksichtigt worden sind.

Es geht also weniger um erkenntnisleitende Verständigung, sondern darum, beim potenziellen Wähler zu punkten. Dabei dokumentiert die politische Talkshow auch einen Wettkampf um die „Inszenierungsdominanz“ (vgl. R. Kurt 1998) gegenüber der Moderation und den Mitdiskutanten. Es wird erwartet, dass die an der Diskussion beteiligten Akteure die Regeln und Techniken der öffentlichen Selbstpräsentation beherrschen und „gut überkommen“. Neben der Vermittlung politischer Argumente sind Entertainmentqualitäten der beteiligten Protagonisten gefragt. Da nur wenige politische Vertreter über diese Fähigkeit verfügen, tauchen immer dieselben medientauglichen Diskutanten in den Debatten auf, die über hohe Selbstdarstellungs- und Unterhaltungskompetenzen verfügen. Ansonsten wird bei der Auswahl der Gesprächsteilnehmer großen Wert auf die Prominenz gelegt. „Nicht Inhalte und Lösungsorientierung, sondern einschaltquotentaugliche Köpfe [stehen] im Vordergrund.“ (B. Schaffar 2002: 145)<sup>4</sup>

Die Qualität einer politischen Diskussionsrunde hängt zentral von der Moderation ab. Sie strukturiert den Gesprächsablauf, erteilt und entzieht das Wort. Neben inhaltlicher und sachlicher Kompetenz wird von der Moderation zusätzlich erwartet, einen aufmerksamkeitsstimulierenden Spannungsbogen zu erhalten, um das Interesse der Zuschauer an der Diskussion zu erhalten. Darüber hinaus kommt die Sachkenntnis der Moderation durch die entsprechenden Fragen zum Ausdruck, die das Niveau der Sendung maßgeblich mitbestimmen. Die Aufgabe besteht grundsätzlich darin, den Gesprächsverlauf so zu strukturieren, dass die Sendung zeitlich und thematisch im angestrebten Rahmen und ein angemessener Verlauf erhalten bleibt. Das Eingreifen der Diskussionsleitung ist dann erforderlich, wenn vom ursprünglich festgelegten Thema zu stark abgewichen oder ein Detail zu dominierend diskutiert wird. Wiederholende Aussagen der Debattenteilnehmer sind ebenso zu unterbinden, wie der Versuch eines Gesprächsteilnehmers, die Diskussion „an sich zu reißen“. Gleichzeitig ist die Moderation idealtypischerweise dazu angehalten, für eine ausgewogene und moderate Atmosphäre zu sorgen, um die Kontrolle über den Diskussionsverlauf zu gewährleisten. Beim politischen Streitgespräch kommt es zudem darauf an, für das angemessene Verhältnis zwischen Anspannung und Entspannung, Konfrontation und Kooperationsbereitschaft zu sorgen. Die Moderationstechnik stellt demzufolge ein zentrales Kriterium für den Informationsgehalt und das Diskursniveau politischer Gesprächssendungen dar. Das Niveau der Sendung bemisst sich zudem an der erfolgten Vorbereitung durch Recherche auf Seiten der Moderation sowie ihrer Durchsetzungsfähigkeit, Fairness und Sachlichkeit im Umgang mit den Diskussionsteilnehmern.

Die konventionelle Variante der – hier untersuchten – politischen Talkshows lässt sich als gemäßigt Streitgespräch klassifizieren (vgl. C. Schicha 2002). Der erste Schritt zu einer gelungenen Sendung ist die Auswahl der Teilnehmer, die möglichst aus konkurrierenden politischen Parteien oder Interessensverbänden stammen. Es wird ebenfalls Wert darauf gelegt, dass die Zusammensetzung der Diskussionsrunde konträre Positionen enthält. Dabei versuchen die beteiligten Diskutanten, sich in ihrer jeweiligen Rolle zu profilieren und damit die Imagewerbung der eigenen Person und Partei voranzutreiben. Dies ist in der Regel nicht ganz so einfach wie in kooperativen Gesprächsrunden wie bei Kerner oder Beckmann, wo „Politikvermittlung in Unterhaltungsformaten“ (C. Schicha/C. Brosda 2002) sich dadurch auszeichnet, dass kritische Fragen zu politischen Themen eher ausgespart werden und primär die Privatperson und weniger das politische Statement im Mittelpunkt steht.

---

<sup>4</sup> Ein Bundesminister oder ein Ministerpräsident hat immer große Chancen, in eine politische Talkshow eingeladen zu werden, da dadurch die Sendung durch den Nachrichtenfaktor Prominenz aufgewertet wird. Auch politische „Querdenker“ oder Provokateure sorgen dafür, dass derartige Formate eine höhere Aufmerksamkeit gewinnen.

Als prominenteste Beispiele des gemäßigten Streitgesprächs gelten die Sendungen „Berlin Mitte“ (ZDF) und „Sabine Christiansen“ (ARD). Dort sind rhetorisch geschulte Gesprächspartner gefordert, die die Ebenenwechsel zwischen politischer Information und schlagfertiger Antwort bewältigen. Dadurch wird sukzessive der Anteil weg von einer eigentlich politisch ausgerichteten Themenzentrierung hin zu einer populären Debatte mit Infotainmentelementen transformiert (vgl. C. Schicha 1999).

### **3 „Sabine Christiansen“ (ARD)**

#### **3.1 Format und Hintergrund**

„Nicht die zwanglose Rationalität des besseren Arguments, sondern die strategisch formulierten Statements von PR-Profis beherrschen den Diskurs. Nicht Experten oder sachkundige Laien kommen hier hauptsächlich zu Wort, sondern „Repräsentanten“ und „Advokaten“, deren Beitragsstil meist im Bereich der Verlautbarungs- und Agitationskommunikation verbleibt – nur dass sie für ihre Stellungnahmen hier nur etwas mehr Zeit haben als bei den sonst üblichen „Soundbites“ am Interviewmikrofon [...] Die Moderatorin Christiansen vermag sich [...] gegenüber den zugelassenen PR-Profis oft nicht zu behaupten.“ (A. Dörner 2001: 139)

Das sogenannte Thema der Woche bei „Sabine Christiansen“ hat sich inzwischen zum Quotengaranten entwickelt, seitdem die Sendung zum ersten Mal am 4.1.1998 allwöchentlich über den Bildschirm flimmerte.

Trotz anfänglicher Startschwierigkeiten gilt diese Talkshow inzwischen als die wichtigste politische Gesprächssendung im deutschen Fernsehen, wo sich jeden Sonntag ab 21.45 Uhr in der ARD die wichtigsten deutschen Spitzenpolitiker versammeln (vgl. weiterführend J. Tenscher 1999, C. Schicha 2002, M- Völkel 2003).<sup>5</sup> Derartige Gesprächsrunden gehörten zu den „Wichtigkeitsdrogen“ für die politischen Teilnehmer. Bundestagspräsident Thierse hat die Talkshow gar als „Ersatzparlament“ der Republik bezeichnet. Spitzenpolitiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, Wirtschaftsbesitzer und Gewerkschaftsvertreter nutzen gerne und regelmäßig die Performance für eine „Gesellschaftsdiagnose“ (T. Schultz 2004: 299). Der Einfluss von „Sabine Christiansen“ auf die politische Meinungs- und Willensbildung ist groß. Wer dort auftritt, gehört zu den wichtigen Protagonisten im politischen oder ökonomischen Geschehen.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Zentral ist vor allem der Faktor der Prominenz: „Medienangebote wie „Christiansen“ fördern die Personalisierung. Die Sendung hat sich als politische Verkündigungsplattform ersten Ranges etabliert. Sie gehorcht dem Gesetz der Serie: Eine begrenzte Anzahl bekannter Hauptdarsteller trifft in immer neuen Konstellationen aufeinander, nur gelegentlich angeregt durch Anstöße von außen. Das wichtigste Kriterium für die Einladung ist der Status des Gastes. Die Demokratisierung der Kommunikation geht einher mit ihrer strengen Hierarchisierung. Gegenüber dem Gesagten wird das Wie des Sagens immer wichtiger. Charisma erstickt Komplexität.“ (B. Gäbler 2002: 15)

<sup>6</sup> Ein Talkshowauftritt im „Fernsehparlament“ nach dem ARD-Tatort gilt als „Ritterschlag“ der politischen Klasse, auch wenn die dort auftretenden Politiker wie Friedrich Merz selbst angeblich diese Entwicklung bedauern, der am 29.6.2006 aus Anlass der Jubiläumssendung folgendes Statement in der Talkshow abgab: „Mir liegt es zunächst am Herzen – Sie haben ja heute Ihre 250. Sendung – , ich finde, wir sollten Ihnen erst einmal gratulieren zu dieser Sendung. Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mehr als der deutsche Bundestag. Das betrübt mich, aber ist ein großer Erfolg.“ (zit. nach W. von Rossum 2004) Diese vielleicht gespielte Empörung von Merz über die mangelnde öffentliche Beachtung der traditionellen Austragungsorte politischer Debatten dokumentiert, dass „Sabine Christiansen“ es erreicht hat, auch aufgrund ihrer prominenten Gäste und ihres optimalen Sendeplatzes im Anschluss an den Krimi öffentliche Aufmerksamkeit für politischen Themen zu binden. Und dies nutzen so rhetorisch versierte Vertreter der

Gesendet wird vor Publikum aus einem Kugelbau, der sich in unmittelbarer Nähe der Gedächtniskirche in Berlin befindet. Die Diskutanten befinden sich in einem weit geöffneten Halbkreis, der vor den Zuschauerrängen aufgebaut ist. Nach einer Anmoderation an einem Stehpult und einem kurzen Filmbericht, „der in lockerer Weise in das Thema einführt und sich der Stilelemente des Infotainment bedient (Musik, Karikatur, spezielle Schnitte, Zuspitzungen)“ (T. Schultz 2004: 299) nimmt die Moderatorin in der Mitte ihrer Gäste Platz und leitet die Diskussion.

In der Regel sind dort sechs Gäste vertreten. Die Ausnahme bieten Einzelgespräche mit besonders prominenten Politikern. Seit 2001 existiert auch ein „Expertenchat“, bei dem sich (mindestens) ein Gast nach dem Ende der Sendung den Fragen der Internetnutzer stellt.

Die Titel der Sendung wirken oftmals „wie Schlagzeilen der Skandalpresse. Es sind provozierende Fragen oder Forderungen, die oft schon selbst ihre Antworten geben“ (B. Schaffar 2002: 65).<sup>7</sup> Es wird kontinuierlich der Eindruck vermittelt, als ob Deutschland am Ende sei.<sup>8</sup>

Walter van Rossum hat eine Generalabrechnung mit der Sendung vorgelegt. Er kritisiert die wiederkehrenden Sprachrituale der Gäste, die regelmäßig in der Sendung sind.<sup>9</sup> Dabei handelt es sich um die immer gleichen Minister, Ministerpräsidenten, Parteivorsitzenden, Wirtschaftsrepräsentanten und Vertreter aus dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbereich.<sup>10</sup> Das Ritual der Politikvermittlung wird dadurch zu einer „geschlossenen Runde von Gleichgesinnten“ (W. van Rossum 2004: 40).<sup>11</sup> Der Schlagabtausch ist in der Regel plakativ und wenig argumentativ. Die beteiligten Politiker diskutieren das Thema weniger miteinander, als dass sie vor dem Publikum ihre Positionen demonstrieren und an ihrem

---

politischen Zukunft wie der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende gerne und regelmäßig aus. Politiker wie Merz provozieren und polarisieren und sind sich über ihre wohl kalkulierte Außenwirkung durchaus bewusst.

<sup>7</sup> Das Thema der Woche vermittelt durch die Titelgestaltung den Eindruck, als ob die Situation in Deutschland bedrohlich wäre. Doch die Moderatorin beruhigt die Gemüter: „Christiansen ist die vertraute Kontinuität im alltäglichen Geschäft des politischen Chaos“, sie beruhigt, während sie gleichzeitig die Bedrohung inszeniert.“ (B. Schaffar 2002: 132)

<sup>8</sup> Apokalyptische Horrorszenarien mit alarmistischen Zukunftsperspektiven vom bankrotten Land, einer terroristischen Gefahr oder der auf Deutschland einbrechenden Zuwanderungswelle prägen den Eindruck, der den Zuschauer erreicht. Sofern es kein konkretes Thema gibt, werden zumindest die Talkgäste mit provozierenden Zuschreibungen belegt: Ein Streitgespräch zwischen Merkel und Müntefering am 24.8.2003 wurde etwa als „Duell der ‚Zuchtmeister‘“ angekündigt.

<sup>9</sup> Er hat sich „ein paar Monate mit wachsendem Grauen“ (Rossum 2004: 12) die Gesprächssendung angeschaut, die ihm zufolge „eine unschlagbare journalistischen Unbedarftheit an den Tag legt“. (Rossum 2004: 13). Das Ritual bei „Sabine Christiansen“ ist immer das Gleiche. Zunächst wird ein Spielfilm gezeigt, der möglich provokativ die dramatische Situation in Deutschland dokumentieren soll. Im Anschluss daran werden die Gäste mit einer angeblich eigenem Zitat von der Moderatorin vorgestellt, die sie durch ihre Körpersprache wie einem heftigen Kopfschütteln bisweilen unvermittelt zurückweisen. Dann folgen einige Fragen und ab einem gewissen Punkt haben sich gegnerische Gruppen herausgebildet und ein bis zwei Gäste dominieren das Geschehen innerhalb der Sendung.

<sup>10</sup> Politische „Hinterbänkler“, die ggf. zum konkreten Thema eine kompetentere und fundiertere Auskunft geben könnten, weil sie in das entsprechende Fachgebiet besser eingearbeitet sind, als z.B. Fraktionsvorsitzende, werden in der Regel aufgrund der fehlenden Bekanntheit nicht eingeladen. „Sabine Christiansen und ihre geniale Redaktion richten jede Sendung nach demselben Rezept an: Man lade mindestens ein halbes Dutzend Prominenter ein, die einen volle Stunde lang ihre kalkulierte Gegnerschaft ausleben dürfen – und schob hat man eine „lebendige“, um nicht zu sagen: aufregende Diskussion. Mit einiger Wahrscheinlichkeit garantiert der Debattenrummel, dass der Zuschauer sich bald aufgefordert fühlt, Partei zu ergreifen – und schon steckt er mitten im Spiel schlichter Effekte. Und mit Sicherheit wird er niemals durch eine überraschende Analyse aus der Routine seiner Sonntagsschlacht gerissen.“ (W. van Rossum 2004: 176)

<sup>11</sup> Alternative Konzepte werden daher kaum berücksichtigt. Die Debatten wirken künstlich und aufgesetzt. Der Informationswert ist eher gering. Für die Sendung gilt: „Mit ihrem Talk sorgt sie beispielhaft dafür, dass die Politik sich in einer Weise darstellen kann, die nichts mit ihren tatsächlichen Operationen zu tun hat, sondern diese konsequent verdeckt. Und das wird sogar Sabine Christiansen nicht entgangen sein.“ (W. van Rossum 2004: 169).

Image feilen. Obwohl die Sendungen hohe Marktanteile und Imagegewinne für die beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten erreichen und als Faktor und Motor in aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskurse wirken, bei denen Seriosität und ein hohes Maß an Gesprächskultur suggeriert werden, fehlt es in den Sendungen an Hintergrundinformationen, der Vermittlung von Detailinformationen und Zusammenhängen. Die Entwicklung der Herstellung von Politik wird auf Grund der Dominanz der Präsentationsebene vernachlässigt (vgl. A. Dörner 2001; J.-U. Nieland/ J. Tenscher 2002; T. Meyer et al. 2001).

Nach den ersten Sendungen wurde bereits der weiche, nachgiebige Moderationsstil kritisiert. „Sabine Christiansen ist der ewige Trailer – und ganz sicher die erfolgreichste Journalisten-Darstellerin-Queen.“ (M. Matussek 1999: 144)<sup>12</sup>

Die Gäste sind nur selten in Gefahr, durch Nachfragen von Christiansen in Verlegenheit gebracht zu werden. Sie wirkt bisweilen hektisch und unsicher. Mangelnde Empathie wurde bemängelt und die Gesprächsführung sei „zu verbissen“ und „verkniffen“.<sup>13</sup> Häufig verliert sie den roten Faden. Christiansen hält sich auch während der Diskussion zurück.<sup>14</sup>

Schultz (2004: 299) fasst einige Kritikpunkte zusammen: Die Moderatorin „stelle kaum kritische Fragen, schleudere Schlagworte um sich, sei unzureichend vorbereitet, inhaltlich wenig kompetent und fördere den Politikverdruss.“<sup>15</sup> Besonders auffällig ist, dass die „stolze, kühle, harte“ (o.V. 2003b: 41) Moderatorin nicht versucht, bei offenen Fragen nachzuhaken, sondern weitergehende und grundsätzlichere Einlassungen der Diskutanten regelrecht verhindert, indem das Thema gewechselt wird (vgl. J. von Westphalen 1996; Tenscher 1999).

Ein Eingreifen der Moderatorin findet oftmals erst dann statt, wenn mehrere Gesprächsteilnehmer parallel sprechen, sodass die Zuschauer nicht mehr in der Lage sind, dem Diskussionsverlauf zu folgen.

Trotz der skizzierten Kritikpunkte hat sich die Talkrunde als Marke etabliert und ist bei Einschaltquoten nach wie vor sehr erfolgreich, wobei hier der Sendeplatz nach dem Tatort am Sonntag und die hohe Prominenz der Gäste sicherlich eine zentrale Rolle spielen.<sup>16</sup> Inzwischen hat die Moderatorin trotz der schlechten Presse auch zahlreiche TV-Auszeichnungen erhalten.<sup>17</sup> Das hängt sicherlich damit zusammen, dass ihre Sendung die höchsten Einschaltquoten aller politischer Gesprächssendungen im deutschen Fernsehen besitzt und dass zu ihr die prominentesten Gäste kommen. Darüber hinaus zeichnet sie sich durch ihr soziales Engagement, u.a. für UNICEF aus.

---

<sup>12</sup> Anders formuliert: „Scheinbar mühelos versammelte sie die erste Garde der Politiker, denen sie nicht unangenehm bohrend zu Leibe rückte. Sabine Christiansen hat es aufgegeben, mit der Garde der kenntnisreichen Fachjournalisten auf deren Gebiet konkurrieren zu wollen. Sie fragt unsystematisch, so wie es gerade kommt, legt wenig Wert auf Argument und Logik, dafür werden Image und hinterlassender Gesamteindruck um so deutlicher“ (B. Gäbler 2001: 13).

<sup>13</sup> Nach einer repräsentativen Umfrage für die ARD gilt Sabine Christiansen zwar als die sympathischste Politik-Talkerin. In Bezug auf ihre Gesprächsführung werden ihr allerdings schlechtere Werte gegeben als andere politische Talkmaster. Jeder fünfte der Befragten hat bemängelt, dass sie die Diskutanten zu lange reden lässt und fast ein Drittel meint, dass sie die Diskussion nicht „im Griff“ habe.

Vgl. [www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell\\_Mai\\_10\\_20002.html](http://www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell_Mai_10_20002.html) (14.11.2002)

<sup>14</sup> Ihr Moderationsstil wird sogar mit Häme bewertet: „Die Mächtigen und Aufgeblasenen kommen gerne zu ihr. Sie wissen: Christiansen wird die drei Fragen stellen und fortan sind sie unter sich.“ (M. Matussek 1999: 144).

<sup>15</sup> Besonders mit Gästen außerhalb des Politikbetriebes hat die Moderatorin augenscheinlich ihre Probleme: „Vor allem passten Gesprächspartner aus der Unterhaltungsbranche nicht zu ihrem Temperament. Viel besser kam sie mit jener Welt zurecht, die ebenso eitel und spröde ist, wie sie selbst: die Welt der Politik.“ (o.V. 2003b: 42)

<sup>16</sup> Sie verfügt inzwischen über einen guten Ruf, wie der Chef der Werbeagentur McCann-Eriksen, Helmut Sendlmeyer, anmerkt: „Christiansen gehört zu den ganz wenigen Menschen, die ihre wesentlichen Kriterien für einen Markenpersönlichkeit erfüllen. Stabilität, Konstanz, Verlässlichkeit – und der weitgehende Verzicht auf modische Trends.“ (zit. Nach o.V. 2003b: 46)

<sup>17</sup> Dazu gehören neben dem Adolf Grimme-Preis die Goldene Kamera, der Bambi, der Bayrische Fernsehpreis und der Courage-Preis. Vgl. [www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell\\_Mai\\_10\\_20002.html](http://www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell_Mai_10_20002.html) (14.11.2002)



### 3.2 Zur Sendung vom 6.6.2004 „Europa wählt - und keiner geht hin?“

Die im Folgenden untersuchte Sendung von „Sabine Christiansen“ hatte einen Zuschauerzahl: von 3,84 Millionen. Dies ergibt einen Marktanteil von 15,6%. Als Gäste sind der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU), der SPD-Europaabgeordnete Martin Schulz, der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brock und die FDP-Kandidatin für das EU-Parlament, Silvana Koch-Mehrin, sowie Sahra Wagenknecht als PDS-Bewerberin für das Europaparlament eingeladen worden.

In der Anmoderation wird das Thema von *Sabine Christiansen* wie folgt angekündigt:  
„An diesem Sonntag feiern die Staatsmänner der Welt in der Normandie die Befreiung Europas vom Hitler-Terror. Europa ist das große politische Projekt der Nachkriegszeit - gerade erweitert um 10 Länder, die noch vor wenigen Jahren Teil des Sowjet-Imperiums waren. Doch die Bürger nehmen das alles eher gleichgültig zur Kenntnis, oft auch mit Sorge und Skepsis. Die Wahlforscher prophezeien eine höchst geringe Beteiligung für die Europawahlen am 13. Juni. Warum? Immerhin werden inzwischen über 70% der Gesetze, die unseren Alltag betreffen, in Brüssel und Straßburg gemacht! Jeder weiß, dass Europa wichtig ist, immer wichtiger wird. Und doch wollen die Wähler wenig davon wissen. Woran liegt das? Versagen der Politik? Enttäuschung darüber, dass Brüssel als administrativer Moloch empfunden wird, nicht als kraftvolles Zentrum für unsere Zukunft? Oder ist das alles ganz einfach ein Symptom der weit verbreiteten Parteien- und Politikverdrossenheit? Wie gefährlich ist diese Verweigerungshaltung für die Demokratie?“

In einem sich anschließenden Filmbericht wird u.a. auf die zu erwartende geringe Wahlbeteiligung bei der Europawahl und die mangelnde Bekanntheit der Spitzenkandidaten hingewiesen.

*Richard von Weizsäcker* verweist in seinem Statement auf den D-Day. Dieser sei „für die daran Beteiligten ein unendlich schweres Ereignis“ gewesen. Schließlich habe dieses historische Ereignis dazu beigetragen, den Krieg in Europa „nun endgültig zu beenden“. Dadurch sei der Grundstein gelegt worden, dass zunächst die Vereinigung der Westhälfte bewerkstelligt werden konnte, an die sich dann im Jahr 1989 die deutsche Wiedervereinigung angeschlossen habe. Er plädiert unter dem Eindruck dieser Ereignisse für einen Zusammenschluss Europas „Und auf diesem Gebiet als Deutsche voran zu gehen und auch allen Nachbarländern Mut zu machen, sich daran zu beteiligen, das ist doch eine wirklich große und schöne und wichtige Aufgabe.“ Die Chance zur Versöhnung mit ehemaligen Kriegsgegnern sei nun gegeben.

Er äußert Polen und Großbritannien gegenüber den Verdacht, dass eine Volksabstimmung über eine europäische Verfassung deshalb so stark verlangt werde, „damit man auf diesem Weg die Verfassung ablehnen kann.“ Aufgrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik habe sich die deutsche „Verfassung mit Volksabstimmungen außerordentlich zurückgehalten“. Dennoch wäre im Zuge der deutschen Wiedervereinigung die Abstimmung über eine gemeinsame Verfassung durchaus sinnvoll gewesen. Dies habe er auch bereits während seiner Amtszeit als Bundespräsident vertreten. Er begründet seine Auffassung wie folgt: „Nicht weil Grund für eine Ablehnung dieser Verfassung bestand, sondern weil die Deutschen aus der ehemaligen DDR auf diese Weise auch mal selber aufgefordert worden wären, etwas dazu zu sagen.“ Im Zusammenhang mit einer europäischen Verfassung fordert er einen konstruktiven Dialog, „und es wäre eben sehr gut, wenn wir sie ohne die sonst üblichen und schwer zu eliminierenden parteipolitischen Differenzen und Streitigkeiten miteinander diskutieren könnten.“ Obwohl er den Begriff „Osterweiterung“ für nicht „vernünftig“ hält, verweist er auf die Möglichkeiten einer europäischen Vereinigung: „Und

jetzt haben wir seit dem Jahr 1989 die Chance, eben aus diesen zwei Hälften Europas ein Ganzes zu machen“ Dies sieht er vor allem als „eine fundamentale Aufgabe vor allem für uns Deutsche“ an, aus der eine „Vollendung Europas“ resultieren könnte. Er fordert eine Verständigung, vor allem mit den ehemaligen Kriegsgegnern Polen und der tschechischen Republik. Exemplarisch wird in diesem Kontext auf das gute Verhältnis von Deutschland zu Frankreich verwiesen. Faktisch sei jedoch mit Problemen im Bereich „Steuerdumping“ oder „mit sonstigen Wettbewerbsschwierigkeiten“ zu rechnen. Es gehe um „schwierige Wandlungs- und Handlungsfragen.“ Weiterhin plädiert der ehemalige Bundespräsident für den Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unter Beteiligung von Großbritannien und Polen. Dabei komme es darauf an, „den Polen auch Angebote (zu) machen, die sie ermutigen, dieses stolze Volk, was soviel Leid erfahren hat in seiner Geschichte. [...] Das Misstrauen der Polen, was auch ihrer Geschichte her verständlich ist, müssen wir ernst nehmen und ausschalten, indem wir sie wirklich einbeziehen. Nach diesem historischen Exkurs wendet sich von Weizsäcker dem „Problem mit der islamischen Welt“ zu, das primär die Europäer betreffe, die „von 1,5 Milliarden Muslimen umgeben“ seien. Er fordert die Europäer im eigenen Interesse dazu auf, „eine Brücke in die islamische Welt zu bauen“. Dies schließe auch die Verhandlungen einer Mitgliedschaft in der EU für die Türkei mit ein, denn „die schulden wir unserem ureigensten Interesse und auch unserer transatlantischen Partnerschaft.“ Weiterhin käme es darauf an, den Nachbarländern „Mut“ zu machen. Im übrigen werde das Europäische Parlament unterschätzt. Viele Arbeitsschritte würden auch im europäischen Rat vollzogen, in dem auch Stoiber und Schröder eine aktive Politik betreiben.

Von Weizsäcker verkörpert in der Diskussionsrunde den „elder statesman“, der parteiübergreifend akzeptiert wird. Mehrere Diskutanten nehmen in der Debatte Bezug auf die Äußerungen des ehemaligen Bundespräsidenten, um ihre eigene Position zu untermauern. Er beteiligt sich nicht an parteipolitischen Profilierungsübungen und greift nur Wagenknecht einmal mit den Worten: „Wir reden über Europa und nicht über Punkte, die Sie bei jeder Veranstaltung vorstellen“ an. Ansonsten hält er sich aus dem Streit der konkurrierenden Diskutanten weitgehend heraus. Er gilt als moralische und unabhängige Autorität, die auch den meisten Beifall aus dem Publikum erhält.

*Martin Schulz* greift zunächst die Debatte auf, bei der der Vorschlag im Raum steht, dass der bayrische Ministerpräsident für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten als Nachfolger von Prodi vorgesehen sein. Dazu meint er mit Blick auf einen Aprilscherz: „Man kann auch im Juni Scherze machen. Dass Herr Stoiber ein ernst zu nehmender Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten ist, also das kann man glaube ich getrost vergessen. [...] Das ist wirklich nicht ernst zu nehmen.“ Nachdem er ja bereits für das Amt des Bundespräsidenten im Gespräch gewesen sei, würde er wohl – so seine ironische Anmerkung – demnächst als Fußballbundestrainer benannt. Schulz hofft, dass EU-Politiker den gleichen Bekanntheitsgrad erhalten sollten wie Bundespolitiker.

Das Ziel der SPD im Europäischen Parlament liege darin, Europa zu einer „Friedensmacht“ werden zu lassen: „Das ist jedenfalls mein Ziel in der nächsten Wahlperiode.“

Faktisch hält er es für falsch, „dass es in der europäischen Union gleiche Standards geben“ werde. Er fordert die europäischen Staaten zur „Solidarität“ bei der Strukturpolitik und Steuerpolitik auf. Faktisch solle es einen festgelegten Steuersatz geben, den kein Land unterschreiten solle, um gerechte Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen.

Nach diesem Statement widmet sich Schulz dem Thema Islam zu. Dabei vertritt er die These, dass sich für den Islam keineswegs eine westliche Werteordnung von vornherein ausschließt: „Wenn es gelingen könnte, in einer Gesellschaft von Muslimen wie in der Türkei, unsere westlichen Werteordnung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die unverletzlichen Grundrechte der Persönlichkeit, die Freiheit von Wissenschaft und Lehre, alles das, wofür wir

Europäer eintreten, zu verankern mit der Hilfe einer islamischen Partei in der Regierung, dann wäre der Beweis angetreten, dass die Bin Ladins dieser Erde unrecht haben.“ Er tritt ebenso wie von Weizsäcker für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei für eine EU-Mitgliedschaft ein. Dies zu blockieren „wäre ein fataler Fehler an den Zukunftschancen zur Sicherung des Friedens im gesamteuropäischen Raum“ Es gehe auch zunächst um eine „Beitrittsperspektive“ für die Türkei, aus der sich eine „Sicherheitszuwachs“ vor allem für nachfolgende Generationen ergebe.

Martin Schulz übernimmt in der Debatte die Rolle des SPD-Wahlkämpfers. Durch seine ironischen Bemerkungen zur Debatte um den Wechsel von Stoiber nach Brüssel erhöht er den Unterhaltungswert der Debatte. Er formuliert einen allgemein gültigen Wertekanon als Ziel seiner Europapolitik. Dabei rekurriert er schlagwortartig auf Leitbilder wie Frieden, Umweltschutz und Menschenrechte. Fachwissen dokumentiert er, indem er Zusammenhänge der europäischen Steuerpolitik erläutert. Auch er greift das Thema Islam und einen potenziellen EU-Beitritt der Türkei auf, obwohl diese Punkte bei der anstehenden Europawahl noch gar keine Rolle gespielt haben. Er baut in seinen Stellungnahmen auch Gegensätze zwischen terroristischen Bedrohungen und sicherheitspolitischen Erfordernissen auf. Die Auseinandersetzungen mit seinem CDU-Konkurrenten werden überwiegend ruhig und sachlich geführt. Es geht Schulz weniger um Wahlkampfpolemik, sondern darum, seine europapolitische Kompetenz zu vermitteln.

Friedliche Konfliktlösungskonzepte von „Finnland bis Portugal“ fordert *Elmar Brok*. Die Sicherheitspolitik ist ihm zufolge ein wichtiges Argument für Europa. Der CDU-Politiker vertritt die Auffassung, dass „das Morden auf dem Balkan möglicherweise nicht stattgefunden hätte“ wenn die Europäer zu Beginn der 1990er Jahre gemeinsame „militärische Fähigkeiten“ gehabt hätten. Diese hätten ggf. gar nicht eingesetzt werden müssen, sondern hätten mit ihrem Abschreckungspotenzial präventiv dazu führen können, dass der Frieden erhalten geblieben wäre.

Er bejaht die Frage, ob noch mehr Spitzenpolitiker nach Brüssel gehen sollen, da „die Europapolitik so vieles für unser Land und die Bürger unseres Landes bestimmt, dass es schon gut wäre, dass wir auch in Brüssel entsprechend einsteigen würden.“ Der letzte deutsche Kommissionspräsident sei vor Jahrzehnten schließlich Walter Hallstein gewesen.

Brok räumt jedoch ein, dass mit einem Sitz im europäischen Parlament für bundesdeutsche Parlamentarier kein hohes Prestige verbunden sei, obwohl dies sachlich falsch sei. Es gebe bei der Bewertung der Arbeit eine unzutreffende Abstufung von Europapolitikern gegenüber Politikern auf der Bundesebene. Den mangelnden Bekanntheitsgrad über die Vorgänge und Personen im Europäischen Parlament bezeichnet er auch selbstkritisch als „unser Versagen.“

Nach seinem Statement zur Sicherheitspolitik widmet er sich der Steuerpolitik unter Rekurs auf die Steuersätze. Er konstatiert: „Unsere deutsche Unfähigkeit in diesem Standortwettbewerb niedrigere Steuern zu bekommen, sollte nicht dazu führen, dass wir andere dazu zwingen höhere Steuern zu haben.“ Bei der EU würden zudem konkrete Projekte realisiert; es gehe nicht um einen Länderfinanzausgleich.

Zum Thema EU-Beitritt der Türkei nimmt Brok eine skeptische Haltung ein. Er ist zwar dafür, „dass die Türkei eine europäische Perspektive hat“. Daraus müsse sich aber nicht zwingend eine „Vollmitgliedschaft“ ergeben. Vor einem Verhandlungsbeginn müssen auch die Bedingungen erfüllt sein, die die Einhaltung von Menschenrechten ebenso beinhalten wie Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Er hat aber „Zweifel“, ob dies bewerkstelligt werden kann. Eine „Partnerschaft“ mit dem Islam sei jedoch wünschenswert.

Ebenso wie alle anderen Diskutanten, nimmt Brok eine Position gegen Wagenknecht, etwa mit den Worten: „Dass sich die PDS als Friedensmacht aufspielt, ist verlogen“ ein. Er äußert sich durchaus selbstkritisch zu dem mangelnden öffentlichen Bekanntheitsgrad der Arbeit des Europaparlaments.

Deutliche Differenzen bei der Rolle der Türkei in der EU werden zwischen Brok und Schulz deutlich. Auch der CDU-Politiker vermittelt wie Schulz einen unaufgeregten Eindruck und möchte Kompetenz und Fachwissen vermitteln sowie die Bedeutung des EU-Parlaments hervorheben.

*Markus Söder* bezeichnet sich – und schließt auch die Mitdiskutanten mit ein – als „bekenkende Europäer“. Er nimmt zunächst zur Frage, ob Stoiber als EU-Kommissionspräsident zur Verfügung stehen würde, Stellung und räumt ein, dass der bayrische Ministerpräsident sowohl von Gerhard Schröder als auch von Jacques Chirac eine entsprechende Anfrage erhalten habe, die er trotz der ehrenvollen Aufgabe abschlägig beantwortet habe, da er „natürlich für die Politik in Deutschland, in Bayern und in der CSU gebraucht“ werde.

Insofern setze Stoiber seine politische Arbeit weiter in der Landes- und Bundespolitik fort. Gleichwohl sei in Europa, dem Generalsekretär zufolge, Handlungsbedarf angesagt: „Denn wenn man auch jetzt die Themen anschaut, um die es geht, weiß man, dass in Deutschland so viel zu tun ist, da braucht man jede helfende Kraft, damit Deutschland vorankommt, gerade in Europa.“ Söder hält die Europawahl nicht nur für eine Abstimmung über Verfassungsfragen, sondern auch „über die Politik in Deutschland.“ Die Menschen wollen schließlich eine „verbesserte Situation eben auch in Deutschland.“ Entscheidend sei die Frage: „Wie ist eigentlich Deutschland positioniert?“ Die Gemeinschaft müsse schließlich ein „Europa der Bürger sein“. Die Polemik gegenüber dem Bundeskanzler und seiner Regierung nimmt in Söders Statements wie „Europa wird kaputtgemacht durch die rot-grüne Bundesregierung.“ einen breiten Raum ein.

Der CSU-Politiker hält die Osterweiterung für sinnvoll und wichtig. Es handele sich um eine riesige „historische Chance, aber man muss es wie alles auch sinnvoll und seriös machen“. Seine deutliche Ablehnung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei gibt Söder, im Gegensatz zu der etwas moderateren Position seines Unionskollegen Brock, unmissverständlich zu verstehen: „Wir haben jetzt mehr als zehn neue Staaten hinzubekommen, das sind mehr als in den letzten 47 Jahren zusammen. Das ist eine gewaltige Herausforderung, das zu bewältigen. Jetzt in dieser Situation den Beitritt der Türkei auf die politische Tagesordnung zu setzen, ist aus vieler Hinsicht – etwa aufgrund der Menschenrechtssituation - mehr als problematisch. Die Aufnahme der Türkei würde Europa letztlich überfordern, sowohl finanziell als auch bei der Frage, „wo sind die Grenzen von Europa?“

Söder schlüpft während der Debatte zunächst in die Rolle des Regierungssprechers von Edmund Stoiber, indem er dessen Unverzichtbarkeit für die deutsche Landes- und Bundespolitik hervorhebt und damit die EU-Absage des bayrischen Ministerpräsidenten begründet. Er tritt aggressiv und polemisch gegenüber der Politik der Bundesregierung auf. Seine Aussagen beschränken sich primär auf allgemeine – wenig aussagekräftige – Bemerkungen. Es wird deutlich, dass er kein ausgewiesener Europa-Kenner ist. Er zeigt weniger konkrete Zusammenhänge der Europapolitik auf, sondern beschränkt sich auf Angriffe gegen Rot-Grün und tritt vehement gegen einen EU-Beitritt der Türkei ein.

*Silvana Koch-Mehrin* beschäftigt sich zunächst mit den Chancen der FDP, erneut ins Europaparlament einziehen zu können und ist optimistisch: „Inzwischen haben wir nach Umfragen zumindest erreicht, dass 12% der Deutschen meinen, die Spitzenkandidatin der FDP zu kennen. Und die Umfragen für die Wahlen lassen uns auch durchaus optimistisch auf den nächsten Sonntag schauen. Wir liegen bei allen Instituten bei über 5%, manche sehen uns bei 7%.“ Ihre Partei habe zudem im Januar mit dem Europawahlkampf begonnen. Sie räumt ein, dass die Kandidaten der bundesdeutschen Liberalen bisher keine politische Erfahrung als Abgeordnete haben, jedoch beruflich bereits mit Europa zu tun gehabt hätten. Auch verfüge die FDP auch über eine lange europäische Tradition und die Liberalen in Europa hätten

zudem eine „Sehnsucht“ geäußert, dass ihre deutschen Parteifreunde ins EU-Parlament einzögen. Europa sei eine „Erfolgsgeschichte“.

Ihre Partei fordert einen, wie auch in anderen Ländern bereits durchgeführten, Volksentscheid zur EU-Verfassung, „weil wir es machen wollen, wie viele der anderen europäischen Länder auch, dass wir als Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden können, dass wir diese Verfassung wollen.“ Bei Schlüsselentscheidungen müsse darüber nachgedacht werden, ob Plebiszite ein hilfreiches Instrument darstellen. Die FDP habe daher bereits zum zweiten Mal einen Grundgesetzänderungsantrag eingebracht.

Die Kandidatin der Liberalen plädiert für einen „klaren Wettbewerb“ zwischen den EU-Ländern, „denn was würde es bringen, die Probleme, die wir hier haben zu exportieren auf die Länder, die ihre Standortvorteile versuchen zu nutzen?“

Bei der FDP-Politikerin fällt – ebenso wie bei Söder – ihre Unerfahrenheit in Fragen der Europapolitik auf. Sie beschränkt sich in ihren Statements in erster Linie darauf, die Umfrageergebnisse ihrer Partei schönzureden und die europäischen Verdienste der FDP zu betonen. Als Vertreterin einer liberalen Politik tritt sie für Volksentscheide und eine klare Wettbewerbsorientierung ohne staatliche Reglementierungen ein. Sie hält sich in der Debatte im Vergleich zu den anderen Diskutanten vornehm zurück.

*Cem Özdemir* begründet seine eigene Kandidatur für das Europaparlament mit dem Ausspruch, „weil ich überzeugt davon bin, dass die Musik zunehmend in Europa spielt, dass das europäische Parlament auch durch die neue Verfassung, die wir hoffentlich bald bekommen, noch mehr Kompetenzen bekommt.“ Er vertritt die These, dass inzwischen allgemein bekannt ist, dass zahlreiche Entscheidungsgrundlagen auf Landes- und auf Bundesebene bereits in Europa festgesetzt werden. Dabei gehe es um den Verbraucherschutz, die Außenpolitik und die Sicherheitspolitik. Im Gegensatz zu anderen Parteien würden die Grünen einen Europawahlkampf führen, was sich auch daran zeigt, dass eine europäische grüne Partei gegründet worden ist. Prominente Europäer wie Daniel Cohn-Bendit seien zur Wahl angetreten und jeder zweite Sitz werde durch eine Frau besetzt.

Die EU-Erweiterung sei „keine Belastung für uns“, da die Unternehmen, „die gehen wollten“, die Bundesrepublik aufgrund der niedrigeren Lohnkosten bereits verlassen hätten.

Zu der Frage, ob Stoiber als Kommissionspräsident agieren solle, merkt der grüne Politiker an, dass es der CSU gut tun würde, wenn sie die Tradition Helmut Kohls als überzeugtem Europäer folgen würde, „und da habe ich schon so meine Fragezeichen, bei manchen Tönen, die zur Zeit aus Bayern kommen, was Europa angeht.“ Er wirft seinem Mitdiskutanten Söder vor, dass seine Partei sich zwar grundsätzlich für Europa ausspricht, „aber dann kommt ein Komma und ein Aber und dann kommt eine halbe Stunde, was alles schlecht in Europa ist.“

Er fordert Söder auf, nicht nur einen bayrischen, sondern auch einen europäischen Standpunkt einzunehmen. Özdemir wirft der amerikanischen Regierung einen „Unilateralismus“ vor und hält es daher für zentral, „dass wir Europäer gemeinsam so schnell wie möglich eine Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln.“ Der Nahe Osten liege schließlich „vor der Haustür“.

Dabei betont er die besondere Rolle der Türkei, die die Existenz demokratischer Strukturen einer muslimischen Bevölkerung zu bewerkstelligen habe. Dies würde im Übrigen auch dazu führen, dass auch in Deutschland „das Geschäft [...] mit der Integration“ erleichtert würde.

Der Grüne greift die Kürzungen im Sozialbereich in Berlin an, wo die PDS an der Regierungskoalition beteiligt ist. Dabei greift er Wagenknecht direkt an.

Er beklagt, dass er mehrfach von der PDS-Politikerin Wagenknecht unterbrochen wird, z.B. mit den Worten: „Darf ich jetzt auch mal etwas sagen. Ich war noch nicht fertig. Unglaublich!“ Özdemir hat erhebliche Probleme, sich mit seinen Wortbeiträgen gegenüber den Mitdiskutanten durchzusetzen, da er häufig unterbrochen wird.

Özdemir arbeitet in seinem Statement die Chancen der EU-Erweiterung auf den skizzierten Politikfeldern heraus. Er plädiert von allen Diskutanten am deutlichsten für eine Aufnahme der EU in die Türkei. Ebenso wie Schulz kann er sich einige ironische Bemerkungen zu den Gerüchten um die Tätigkeit von Stoiber als EU-Präsident nicht verkneifen. Er schlüpft in die Rolle des toleranten europäischen Weltbürgers und versucht seine Partei als einzige ernsthafte Alternative für ein zusammenwachsendes Europa zu klassifizieren.

*Sahra Wagenknecht* meint, dass sich die Europapolitik zwischen SPD und CDU kaum unterscheide. Es sei „heuchlerisch“, wenn Parteien eine direkte Demokratie fordern und im Parlament faktisch dagegen stimmen würden. Zudem sei Europa die „Spielwiese großer Konzerne“. Sie kritisiert die ihrer Auffassung nach ungerechte Verteilung von unten nach oben, was dazu führe, „dass wenige Reiche immer reicher werden, dass immer mehr Leute Angst haben um ihre soziale Existenz; das hängt natürlich auch mit der europäischen Entwicklung zusammen.“ Daher müsse diese Tendenz parlamentarisch aber auch außerparlamentarisch widersprochen werden. Widerstand sei erforderlich, um diese Missstände aufzuzeigen und abzubauen.

Europa werde „auf einen neoliberalen Weg geschickt“, bei dem sich „zunehmend amerikanische Verhältnisse“ abzeichnen, durch einen „zunehmend entfesselten Kapitalismus“. Wagenknecht fordert einheitliche „Sozialstandards auf oberem Level bitte schön und nicht auf dem immer tieferen des Dumpingwettlaufs.“ Es habe sich gezeigt, dass ausschließlich die PDS diese Probleme anspreche. Mit Blick auf den Wahlkampf der SPD greift sie die Sozialdemokraten wie folgt an: „Ich finde das wirklich schon richtig zynisch, Friedensmacht auf die Plakate zu schreiben und gleichzeitig eine europäische Verfassung zu betreiben, die die Militarisierung Europas festschreiben wird.“ Dies unterstreicht sie auch mit den Worten „Ich habe etwas gegen eine Verfassung, die Europa hochrüstet“ oder dem Statement: „Es ist aberwitzig, Europa sicherer zu machen, indem man es mit Waffen voll stopft.“

Die PDS-Politikerin ist in der Debatte mit ihren Positionen vollkommen isoliert. Durch den Gebrauch von Schlagworten übernimmt sie die Rolle der Anwältin der Unterprivilegierten und greift die Politikentwürfe aller Mitdiskutanten an. Sie geht kaum auf die Aussagen der anderen Gesprächsteilnehmer ein, sondern beschränkt sich auf die erwartbaren Statements gegen den Kapitalismus und den daraus resultierenden Folgen, aus dem sich zwangsläufig Ungerechtigkeiten für den ärmeren Teil der Bevölkerung ergeben würden.

*Sabine Christiansen* läuft die Diskussion mehrfach aus dem Ruder. Zum Teil wird das Wort erteilt, ohne dass eine Frage gestellt wird, z.B. durch die Aussagen: „Frau Koch-Mehrin, Sie wollten etwas dazu sagen?“ Sie lässt sich mehrfach von den Diskutanten unterbrechen. Insbesondere Söder, Özdemir und Wagenknecht reden in einer z.T. hitzigen Debatte mehrfach durcheinander. Eine klare Strukturierung der Wortbeiträge finden bisweilen nicht statt.

Ihre Einwürfe wie: „Das gibt es ein Hin und Her in vielen Punkten“, wirken nicht besonders strukturiert. Auch die tautologische Aussage: „Wahlkampf ist Wahlkampf, klar“ wirkt nicht gerade eben überzeugend. Fragen wie: „Sehen wir keine Chance oder haben wir keine“ führen auch weniger zur Klärung der anstehenden Punkte.

Am Ende der Debatte sagt sie „Da machen wir eine Punkt! Da gehe ich jetzt rein!“ Die Diskussionsrunde endet mit ihrem Aufruf: „Gehen Sie wählen“

## 4 „Berlin Mitte“ (ZDF)

### 4.1 Format und Hintergrund

„Besser als Maybrit Illner kann man eine Polit-Talkshow nicht moderieren.“ (M. Völkel 2003: 246)

„Berlin Mitte“ unter der Gesprächsleitung von Maybrit Illner wird seit dem 14. Oktober 1999 jeden Donnerstag ab 22.15 Uhr live vor Publikum in der sogenannten Neuen Mitte am Berliner Platz ausgestrahlt.<sup>18</sup> Die Moderatorin sitzt in der Mitte der Gesprächsteilnehmer, die dicht nebeneinander auf einem Podest sitzen. Im Gegensatz zu „Sabine Christiansen“ wird auf Filmeinspieler verzichtet. Ihrem eigenen Anspruch zufolge geht es Illner in der Sendung darum, Politik verständlich und humorvoll zu vermitteln.<sup>19</sup>

Im Unterschied zu ihrer ARD-Kollegin bekommt die ZDF-Moderatorin für ihre Arbeit fast ausschließlich Lob und Anerkennung. „Maybrit Illner übt stärker als Sabine Christiansen die Rolle einer kritisch fragenden Journalistin aus.“ (T. Schultz 2004: 307) Dies ist zusammenfassend ein Ergebnis einer Studie, in der die beiden politischen Talkformate neben anderen Gesprächssendungen in einer systematischen Inhalts- und Gesprächsanalyse vergleichend untersucht hat.<sup>20</sup>

Die Kritiken zum Moderationsstil fallen extrem positiv aus: „Journalisten charakterisieren die gebürtige Berlinerin immer wieder als schlagfertig, burschikos und kompetent, als kess, souverän und charmant.“ (M. Völkel 2003: 246)<sup>21</sup>

Und auch der ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender lobt seine Mitarbeiterin ohne Einschränkung: „Maybrit Illner ist es gelungen, dem Format politische Talkshow eine neue und spannende Note zu geben: Intelligent, scharfzüngig und rasant führt sie durch die wöchentliche Gesprächsrunde. ‚Berlin Mitte‘ hat sich als herausragendes und unverzichtbares Format im Rahmen des umfassenden und kompetenten ZDF-Informationsprogramm etabliert.“<sup>22</sup>

---

<sup>18</sup> Die beiden Moderatorinnen haben gemeinsam am 8.9.2002 ein „Fernsehduell“ zwischen Bundeskanzler Schröder und seinem Herausforderer Stoiber im öffentlich-rechtlichen Fernsehen moderiert (vgl. Schicha 2003). Beide sind für die Moderation des Kanzlerduells mit einem Fernsehpreis in der Sparte „Beste Information“ ausgezeichnet worden

<sup>19</sup> Die „muntere“ Illner (36) wird häufig mit dem „Eisengel“ Sabine Christiansen verglichen (vgl. Voigt 2000: 55). Dazu Stuck (2000: 93): „Da, wo Christiansen in seriöser ‚Tagesthemen-Manier‘ mit leicht herabgezogenen Mundwinkeln das Thema der Woche präsentiert, schaut Illner aufrecht und mit festem Blick in die Kamera und formuliert ihre Fragen so, dass sich der Fernsehzuschauer zufrieden zurücklehnt und denkt: ‚Das wollte ich auch schon immer wissen‘“.

<sup>20</sup> Weiterhin kam heraus: „Sabine Christiansen‘ fiel insgesamt durch eine vergleichsweise passive, mäßig kritische und wenig gehaltvolle Moderation auf.“ (T. Schultz 2004: 314). Aber auch in „Berlin Mitte“, werden „vergleichsweise wenige Fragen“ gestellt, „in denen konkrete Informationen, Zusammenhänge und Argumente ausgeführt werden.“ (T. Schultz 2004: 314). Die Aktivität, Kritik und der Gehalt der Fragen und Wortbeiträge ist bei Illner weit höher als bei Christiansen.

<sup>21</sup> Lob erhält die mit mehreren Fernsehpreisen ausgezeichnete Illner auch aus den Reihen der Politik. Dem Berliner Bürgermeister Wowereit zufolge habe sie in Deutschland eine neue Debattenkultur eingeführt: „streitbar, aber nicht dogmatisch, weltoffen und sehr charmant.“ (zit. nach M. Völkel 2003: 246). Sie arbeitet mit Strategien der „Lässigkeit“ und „ironisch-spöttischen Spitzen“, weist darauf hin, wenn Fragen nicht beantwortet worden sind und stellt Nachfragen wie „Erklären Sie mir’s noch einmal“, um den Gesprächsteilnehmer mehr als die üblichen Statements zu entlocken. Im Gegensatz zu ihrer Kollegin Sabine Christiansen unterbricht sie auch häufiger die Gesprächsteilnehmer. Bei der Bambi-Verleihung wurde sie als „Das kluge Gesicht des ZDF“ bezeichnet. Die Jury konstatierte: „Maybrit Illner hat frischen Wind in den oft trockenen Politik-Talk des deutschen Fernsehens gebracht. Sie ist kompetent und stets hochkonzentriert beim Thema. Sie versteht es, unbefangen zu fragen und nachzufragen. Sie bleibt dabei stets freundlich; aber ohne falsche Ehrfurcht.“ Vgl. [www.zdf.de/ZDFde/inhalt/0,1872,2024100,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/0,1872,2024100,00.html) (29.11.2002)

<sup>22</sup> Vgl. [www.zdf.de/ZDFde/druckansicht/0,1986,1021731,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/druckansicht/0,1986,1021731,00.html) (30.12.2004)

Ihre Fragetechnik wirkt Kritikern zufolge weder „verkopft oder verbissen“ (M. Völkel 2003: 246). Sie verfügt über eine unkonventionelle und ironische Art der Moderation, bemängelt ausweichende Antworten, die nichts oder nur wenig mit der Frage zu tun haben und kritisiert Allgemeinplätze und Wiederholungen.

Ebenso wie Christiansen erhielt Illner zahlreiche Fernsehpreise, darunter den renommierten Hanns-Joachim-Friedrich-Preis und den Hans-Klein-Medienpreis.

#### **4.2 Zur Sendung vom 3. Juni 2004 „Europa startet durch. Bleibt Deutschland auf der Strecke?“**

Als Gäste begrüßt Maybrit Illner den SPD-Politiker Günther Verheugen, der Mitglied der Europäischen Kommission ist, den bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) und Lothar Bisky als Vorsitzenden der PDS sowie Diether Klingenberg, der Präsident des Verband der Maschinen- und Anlagenbauer ist. Zudem sind die beiden Boxbrüder Wladimir und Vitali Klitschko zu Gast.

In der Anmoderation von *Maybrit Illner* vertritt sie die Auffassung, dass es in Deutschland „kein Halten mehr“ bei den „Großverdienern“ – bezogen auf die großen Wirtschaftsunternehmen in Deutschland – mehr gebe. So habe Siemens Chef Pierer Abwanderungstendenzen seines Unternehmens nach Shanghai in Aussicht gestellt. Schrempf möchte angeblich den Mercedes „von Chinesen bauen lassen“ Es stellt sich die Frage, wo Europa bleibe. Wie steht es mit „Schmackes und Initiative“, fragt die Moderatorin in die Runde. Im Verlauf der Debatte unterbricht sie die Diskutanten mehrfach, scheut sich nicht vor unbequemen Fragen, vermittelt Zahlen zu den Stundenlöhnen durch die Aussage, dass es in Deutschland rund zehn Millionen Menschen gebe, die weniger als zehn Euro verdienen. Es tauschen auch unkonventionelle Begriffe bei ihren Fragen auf, wenn sie Stoiber gleich zu Beginn der Debatte die Frage stellt: „Warum ist Europa nicht sexy?“<sup>23</sup>

*Edmund Stoiber* kritisiert in seinem Statement, dass der Fokus immer noch zu sehr auf die Landes- und Bundespolitik gesetzt sei. Es sei eine „Bringschuld“ der Politik, klarzumachen, dass in Europa mehr entschieden werde als die Menschen glauben. 60 bis 70% aller wichtigen Entscheidungen zur Wirtschaftspolitik fielen nicht in Berlin sondern in Brüssel. Europa böte eine „historische Chance“ und eine „Chance auf Frieden“.

Auch sei die Europawahl eine legitime Möglichkeit, „Unmut über die nationale Politik zu äußern“. Daher fordert er: „Geht bitte zur Wahl.“

Für den bayerischen Ministerpräsident ist die Abwanderung deutscher Arbeitsplätze ins Ausland kein Problem der EU-Osterweiterung, sondern ein Problem der Globalisierung, auf die Deutschland nicht genügend vorbereitet sei. Allein im letzten Jahr seien 400.000 Arbeitsplätze aus Deutschland abgewandert. Die mangelnde Flexibilität am Arbeitsmarkt und ein zu kompliziertes Steuerrecht wären dabei die Hauptprobleme. Er meint: „Wir sind in Europa die Letzten“ und fährt fort: „Heute sind wir das Land mit dem geringsten Wirtschaftswachstum. Wir sind das Land, das als einziges in den letzten drei Jahren 1,7% Arbeitsplätze verloren hat. Wir haben nur noch 26,2 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze“, kritisiert der Ministerpräsident. So wenig Arbeitsplätze habe es in Deutschland noch nie gegeben, erklärte Stoiber. 1000 Arbeitsplätze gingen in Deutschland täglich verloren. Es herrsche Minuswachstum. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

---

<sup>23</sup> Die Sendung schließt hier einmal nicht mit ihrer ritualisierten Abmoderation, bei denen sie den Zuschauern wie häufig am Ende der Sendung einmal nicht „viel Freude bei der Vermehrung der gewonnenen Einsichten“ wünscht, sondern mit einem Hinweis auf die anstehende Europawahl am 13.6. ein „Merci“ an die Zuschauer und Gäste richtet.



coste 80 Milliarden Euro. Er räumt ein, dass etwa 4% des Bruttosozialproduktes in die deutschen Wiedervereinigung fließen, was grundsätzlich auch richtig sei. Dennoch falle Deutschland weiter zurück. Die Menschen hätten Angst. Er konstatiert zudem: „Wir sind auf die Globalisierung leider nicht richtig eingestellt.“

Gegenüber Tschechien habe Deutschland etwa einen erheblichen Standortnachteil. Bessere Perspektiven für Deutschland erhofft sich Stoiber durch einen Regierungswechsel im Jahr 2006. Er wolle, dass Deutschland wieder „Eins, Zwei, Drei der Tabelle“ im Vergleich mit den anderen europäischen Staaten werde.

Der bayerische Ministerpräsident sprach sich erneut strikt gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus. Europa dürfe nicht an den Irak grenzen, sagte Stoiber. Auch zu Beitrittsverhandlungen dürfe es nicht kommen. Schließlich müsse auch Europa Grenzen haben, da ein grenzenloses Europa zerbrechen würde. Er bietet der Türkei – die sich zu 95% auf asiatischem Boden befände, eine „privilegierte Partnerschaft“ an.

Den Vorschlag einer Mehrwertsteuererhöhung, wie sie in den letzten Tagen von Georg Milbradt (CDU) und Gerhard Stratthaus (CDU) vorgeschlagen wurde, wies der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) scharf zurück. Mit ihm und der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel „gibt es keine Mehrwertsteuerdiskussion“.

In Deutschland gebe es eine zu hohe Steuerlast, deswegen müssten die Steuern vereinfacht werden. Eine große Steuerreform sei dringend nötig. Bei einer Strukturreform der Finanzsysteme müsste man auch einen großen Teil der Ausnahmereglungen wie „Eigenheimzulage und Pendlerpauschale abschaffen“, befand Stoiber. Aber die Idee, mit einer höheren Mehrwertsteuer die Sozialsysteme zu finanzieren, sei falsch, „und das wird es auch nicht geben“. Dahingehend sei er sich auch mit der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel einig.

Ein Streitpunkt mit der Bundesregierung sei weiterhin das Zuwanderungsgesetz. Der bayerische Ministerpräsident geht von dem Zustandekommen des Zuwanderungsgesetzes aus. Er sagte: „Natürlich muss das Gesetz noch ausformuliert werden. [...] Es geht jetzt sicherlich darum, wie viel Instanzen wir bei dem Fall Kaplan haben. [...] Das muss aber ausverhandelt werden.“ Beim Fall Kaplan sei dem Rechtsstaat „auf der Nase herumgetanzt“ worden. Ein gutes Beispiel für eine gelungene Integration seien hingegen die beiden Klitschko-Brüder.

Stoiber greift in seinen Statements mehrfach den politischen Gegner an. So wird der grüne Bundesumweltminister Trittin kritisiert, da er den Bau einer technischen Anlage in Bayern verzögert habe. Mit einigen Fragen der Moderatorin ist Stoiber nicht einverstanden. Als Illner sich nach dem Bau von Atomkraftanlagen auf bayrischem Boden erkundigt, reagiert er unwirsch mit der Bemerkung: „Sie lenken ab!“

Der bayrische Ministerpräsident schildert in seinen Statements Zahlen, Daten und Fakten, um die aus seiner Perspektive bestehenden Defizite der rotgrünen Bundesregierung aufzuzeigen. Diese Strategie soll Kompetenz und Faktenwissen suggerieren. Er versucht, eine geschlossene Haltung der Union bei Grundsatzfragen wie der Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung zu vermitteln und sieht sich selber als Alternative zur Bundesregierung. Stoiber ist im Vergleich zu seinem Parteifreund Söder bei „Sabine Christiansen“ wesentlich besser vorbereitet und in der Lage, Zahlen, Daten und Fakten zu präsentieren, auch wenn er im Rahmen seiner Argumentation immer wieder auf die bundesdeutsche Situation zurückkommt und sich von dem Europathema löst.

Das Problem des geringen Interesses der Menschen für die Europawahl sieht EU-Kommissar *Günther Verheugen* (SPD) darin, „dass die Distanz in Europa einfach zu groß ist.“ Die Wähler könnten aufgrund zahlreicher Missverständnisse nicht erkennen, „was sie mit ihrer Stimme in Europa eigentlich bewirken“, weil aus dieser Wahl keine europäische Regierung entstehe. Deutschland sei aber schlecht vorbereitet auf den Strukturmangel. Es herrsche ein Mangel an Investitionen. Er fordert eine stärkere bundesdeutsche Anstrengung im Bereich Bildung und Ausbildung. Ansonsten würde Deutschland beim Strukturwandel zurückbleiben.

Zur Abwanderung deutscher Arbeitsplätze in die neuen EU-Mitgliedsstaaten sagte Verheugen: „Das Abwandern deutscher Unternehmen zum Beispiel nach Ungarn ist in Wahrheit kein Abwandern, sondern das schafft dort einen größeren Markt. Dieser Markt schafft eine größere Nachfrage, die wiederum von anderen deutschen Unternehmen bedient wird.“ Die Problematik bestehe darin, „dass Deutschland wirklich schlecht auf den Strukturwandel vorbereitet ist“. In allen neuen europäischen Ländern sei der Anteil der Jugendlichen mit Hochschul- oder Fachschulabschluss mindestens doppelt so hoch wie in Deutschland. Das große Versäumnis in Deutschland sei „ein Mangel an Investition in Menschen, in Bildung, in Ausbildung und in Wissen“.

Die Expansionsmöglichkeiten der Europäischen Union stoßen für Verheugen an eine Grenze. Die Verhandlungen mit Bulgarien und Rumänien werden „in wenigen Wochen“ abgeschlossen sein, so dass diese Länder 2007 der Europäischen Union beitreten werden, sagte der EU-Erweiterungskommissar. Dann rechne er damit, dass Kroatien die Verhandlungen zur Aufnahme in die Union aufnehmen könne, „was ein wichtiges Signal für die Balkanländer“ sei. „Und ich denke, dann ist erst mal Schluss“, so Verheugen. Weiterhin sei die Osterweiterung Europas aber nicht „die Ursache unserer Probleme, sondern die Lösung.“ Die Bundesregierung unter Helmut Kohl habe Deutschland jedoch „miserabel“ auf die EU-Erweiterung vorbereitet.

„Die Türkei“ sei weiterhin eine „große offene Frage“. Er gibt zu bedenken: „Da können wir im Augenblick nichts sagen. Da wird am Ende des Jahres erst entschieden, ob sie die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen erfüllt“, sagte Verheugen.

Die Ukraine, die einen „Platz in Europa“ hat, werde zwar von der EU profitieren; eine Aufnahme ist vorerst nicht abzusehen. Was die Ukraine und auch Russland betreffe, so wurden den Ländern Vorschläge der EU zu einer Nachbarschaftspolitik unterbreitet. Ziel solle es sein, diese Länder wirtschaftlich so „eng wie möglich heranzuführen“ und teilhaben zu lassen an „bestimmten Bereichen der Integration“. „Wo das enden wird, kann ich nicht sagen“, so Verheugen. „Für den Augenblick ist das Ziel nicht der volle Beitritt, sondern für den Augenblick ist das Ziel eine ganz enge Nachbarschaftsbeziehung.“ Einen baldigen Beitritt der Ukraine in die Europäische Union sieht Verheugen nicht. Die Ukraine sei „jedenfalls ein europäisches Land“, müsse sich aber noch „große Mühe geben, was die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angeht.“

Verheugen bemängelt das Subventions-Hopping der Unternehmen, die bis zu 50% vom Staat erhalten. Solche Betriebe gehörten nicht auf den Markt.

Er spricht sich dafür aus, EU-Subventionen verstärkt abzubauen und strenger darauf zu achten, dass diese auch tatsächlich zu neuer Beschäftigung führten. Bei der künftigen Vergabe müsse „der Arbeitsplatz-Effekt wirklich eindeutig sein“. Das beinhalte auch eine strengere Auswahl der zu fördernden Regionen.

Zur Frage eines europaweit einheitlichen Unternehmenssteuersatzes erklärte Verheugen, in einem Binnenmarkt sei es vernünftig „den Steuerwettbewerb zumindest zu begrenzen“. Er sei nicht gegen Steuerwettbewerb, aber man solle ein „gewisses Band schaffen, das man nicht unter-, aber auch nicht überschreiten darf“. Leider habe die Europäische Union keine Kompetenzen, dies zu steuern. „Das müsste einstimmig eingeführt werden“, so Verheugen. Bei den Beitrittsverhandlungen mit Polen konnten jedoch zum Beispiel erfolgreich Sonderwirtschaftszonen mit Steuerfreiheit bis zum Jahre 2017 „wegverhandelt“ werden.

Der Steuerwettbewerb sollte weiterhin begrenzt werden. Irland etwas verfüge als altes Mitgliedsland bereits über einen niedrigen Steuersatz von 12,5%.

Unter Bezug auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bundesrepublik verweist er darauf, dass 1,4 Billionen Euro in die deutsche Einheit investiert worden seien.

Verheugen gerät häufiger im Streit mit Stoiber aneinander, was durch Bemerkungen wie „Hören Sie mal mein Lieber, was Sie sagen ist einfach falsch.“ Mit Blick auf die Aussagen Klingenbergers meint er, dass die Deutschen stolz auf ihr Land sein sollten. „Schlaflose

Nächte“ haben ihm hingegen die Probleme der Kinder in Rumänien gemacht. Er ist aber auch stolz darauf, dass der Kinderhandel durch Verhandlungen „ausgetrocknet“ werden konnte. Die Beachtung der Menschenwürde sei ein zentraler Bestandteil der Europapolitik. Es komme auch darauf an, dass die Menschen „aus sich etwas machen können.“ Zwar sei er kein Patriot, aber es tue ihm „weh“, wenn „Deutschland niedergeredet“ werde.

Der SPD-Politiker signalisiert Expertentum und zeigt auch – zumindest verbal – emotionale Reaktionen. Er vermittelt in dieser Runde den kompetentesten Eindruck, speziell in Hinblick auf die Situation in weiteren EU-Staaten.

Ein weiteres Thema in der Sendung waren die strukturellen Probleme am deutschen Arbeitsmarkt. Für *Lothar Bisky* leidet Deutschland an fehlender Binnenkaufkraft. Nur ein steigender Konsum könne wieder Wachstum auslösen. „Es wird nicht gekauft, dadurch geht es dem Mittelstand schlechter“, so Bisky. „Man braucht nicht über Billiglöhne zu reden, sondern man muss darüber reden, wie die Kaufkraft wieder stärker erzeugt werden kann.“ Deutschland sei dennoch nach wie vor Exportweltmeister. Faktisch sei jedoch der Mittelstand „schlecht dran“. Die Bundesregierung bevorzuge große Unternehmen. Gleichwohl seien die Bedingungen jedoch im europäischen Vergleich gut. Er richtet sich in diesem Zusammenhänge gegen das Lohn- und Sozialdumping und fordert einen Abbau der Bürokratie. Die Armutsbekämpfung sei das zentrale Ziel in Europa. Die Menschen hätten schließlich „Hoffnung“, dass „Wohlstand und Freiheit“ kämen. Es werde in der EU jedoch nicht einfach sein, dies zu erfüllen. Faktisch käme es auch auf die eigenen Leistung an. Wirtschaftswachstum sei zudem erforderlich. Er argumentiert gegen Billiglöhnbereiche, die schon deshalb kein Ausweg aus den strukturellen Problemen seien, da sie Investoren keineswegs automatisch dort anziehen, wo niedrige Löhne gezahlt werden. Ansonsten hätten sich in Ostdeutschland erheblich mehr Investoren angesiedelt.

Ein weiteres Problem in Deutschland sei die fehlende Binnenkaufkraft. Zwar gebe es hier rund 755.000 Geldmillionen. Er fordert explizit: „Wir brauchen mehr Kaufkraft.“ Die Gewerkschaften tragen seiner Auffassung zufolge an der wirtschaftlichen Misere keine Schuld. Seiner Meinung nach sind die Arbeitnehmerorganisationen hinreichend „flexibel“.

In Bezug auf Europa plädiert er für ein „wechselseitiges Geben und Nehmen“.

Bisky argumentiert im Vergleich zu seiner Parteikollegin Wagenknecht wesentlich moderater. Seine Wortbeiträge sind eher auf Verständigung und weniger auf Konfrontation hin ausgerichtet. Über pauschale Forderungen an eine konstruktive Europapolitik gehen seine Statements vielfach nicht hinaus. Sogar seine Kritik am politischen Gegner ist verhältnismäßig zurückhaltend. Auch betont er die konstruktive Rolle der Gewerkschaften und beklagt die Lage des Mittelstandes, der ja eigentlich nicht zur typischen Wählerklientel der PDS gehöre.

Der BDI-Vizepräsident *Diether Klingenberg*, dessen Unternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz mit 18 Niederlassungen in 15 Ländern tätig ist, setzt in dieser Frage auf mehr Handlungsspielräume am Arbeitsmarkt für Wirtschaft und Unternehmer. Es sei nicht eine Frage der Löhne, sondern der Flexibilität. „Wir könnten deutlich höhere Löhne zahlen, wenn wir dafür mehr Flexibilität einkaufen“, so Klingenberg. In Osteuropa könnten Unternehmen zudem freier wirtschaften. In Deutschland gebe es nach wie vor Probleme mit der Bürokratie. Als Beispiel für funktionierende Strukturen nannte er die Schweiz. Dort „bezahlen wir 30% mehr für Löhne und produzieren 15% billiger.“ Unternehmen bräuchten Freiheit, um ihre Ideen entwickeln zu können. „Das kann man in Deutschland am schlechtesten“, sagte Klingenberg.

Als Mittelständler sei er gegen jede Art der Subvention, die den Markt verfälsche. Er fordert ein stärkeres Wirtschaftswachstum.

Die Situation in der Ukraine stelle sich aufgrund des schlechten Sicherheitsstandes als sehr problematisch dar, da dort Schutzgelder bezahlt werden müssen.

Klingenberg stellt sich mehr als praktischer Unternehmer und weniger als Interessensvertreter dar. Er argumentiert anhand konkreter Beispiele und vermittelt somit die Rolle eines kenntnisreichen Insiders, der sich mit der Situation im vereinigten Europa aus der Perspektive der Wirtschaft gut auskennt.

Statements zu seiner Sportkarriere gab *Wladimir Klitschko* ab. Ohne auf das Ergebnis der Blutproben nach einem verlorenen Kampf zu warten, will der Profiboxer im September oder Oktober wieder in den Boxring steigen. Er sagte: „Es gibt viele Fragen nach meinem letzten Kampf und ich glaube, die beste Antwort wird mein nächste Kampf.“ Er wolle nicht auf diese Daten warten. „Ich hoffe, dass ich im September, Oktober wieder im Ring stehen werde“, so Klitschko. Aus Niederlagen müsse man im übrigen lernen. Auch Leistungsorientierung von Unternehmen führe zu einer besseren Nachfrage.

Inzwischen habe er in Deutschland Anschluss gefunden. Nachdem er jetzt auch die deutschen Gesetze verstehe, käme er in der Bundesrepublik nun gut zurecht.

Auch sein Bruder *Vitali Klitschko* fühlt sich hier wohl. Er habe dort Freunde, verstehe und spreche nach anfänglichen Schwierigkeiten die deutsche Sprache nun besser.

In der Ukraine werde die EU-Erweiterung mit „Zweifel“ zur Kenntnis genommen. Dennoch will das Land der EU beitreten, da es zu Europa gehöre. Sein Heimatland sei „lukrativ“, da dort 10% Wachstum zu verzeichnen wären.

Beide Brüder sind an einem UNESCO-Programm ehrenamtlich beteiligt, um den Kampf gegen die Kinderarmut zu unterstützen. Vladimir vertritt die These: „Kinder sind unsere Zukunft“. In Rumänien schliefen sie z.T. in der Kanalisation. Viele seien drogenabhängig. Dieses müsse geändert werden. Für die Brüder ist die Ukraine ihre „Heimat“, während sie Deutschland als ihr „Zuhause“ bezeichnen. Vitali möchte die ukrainische Staatsbürgerschaft trotz der aufwändigen Visumsformalitäten behalten.

Beide Boxer übernehmen die Rolle überzeugter Europäer, die erfolgreich ihrem Sport nachgehen und Gutes tun. Zum Thema „Europa“ haben sie jedoch nur wenig zu sagen. Es gelingt der Moderatorin auch nicht, sie in die Debatte zu integrieren.

## **5 Vergleichende Betrachtung**

Bei der Gästekonstellation von „Sabine Christiansen“ in der ausgewerteten Sendung fällt auf, dass entgegen der sonst üblichen Gepflogenheit nicht nur der Nachrichtenfaktor „Prominenz“ gilt, sondern tatsächlich vorwiegend die Gäste ausgewählt wurden, die durch ihre Kandidatur für das Europaparlament einen unmittelbaren Bezug zum Gegenstand der Debatte versprochen. Davon ausgenommen sind von Weizsäcker, der als Bundespräsident über viele Jahre an der konkreten Europapolitik mitgewirkt hat und Söder, der vermutlich aus Proporzgründen eingeladen wurde.

Das Thema „Türkei“ nimmt in beiden Debatten einen überraschend breiten Raum ein, obwohl ein EU-Beitritt in den nächsten Jahren nicht zu erwarten ist, aber dennoch Stoff für den Wahlkampf liefert. Gleichwohl bietet sich dieser Aspekt für die Diskussion an, da dort die unterschiedlichen Positionen der Parteien und ihrer an der Debatte beteiligten Vertreter besonders deutlich werden. Es werden in der untersuchten Sendungen zahlreiche Themenfelder zumindest angerissen, ohne dass eine Vertiefung, etwa zum Komplex der Steuerpolitik, geleistet wird. Die Diskutanten beschränken sich in weiten Teilen auf die Vermittlung von normativen Leitvokabeln und werden ihren Wahlkampfrollen beim Kampf um die Wählerstimmen in weiten Teilen der Debatte gerecht. Wechselseitige Beschuldigungen und polemische Angriffe sind ein typisches Merkmal der Sendung.

Dennoch werden vereinzelt auch politische Inhalte über Prozesse und Zusammenhänge im Kontext der Europapolitik vermittelt.

Nur an wenigen Stellen der Talkshows gibt es faktische Diskussionen zwischen den Teilnehmern. Diese versuchen – mit Ausnahme des ehemaligen Bundespräsidenten – primär, ihre parteipolitische Botschaft pointiert rüberzubringen. Ein kontinuierlicher Debattenverlauf, in dem ein Themenschwerpunkt vertieft wird, findet kaum statt. Stichwortartig werden bei „Sabine Christiansen“ folgenden Europathemen angesprochen:

- Historische Rahmendaten,
- Gesetzgebungsverfahren,
- Volksabstimmung,
- Steuerpolitik,
- Wettbewerb,
- Außen- und Sicherheitspolitik,
- Europäisches Parlament,
- Europäischer Rat,
- Türkei und der Islam.

Mehr als allgemeine Bekenntnisse um die zentrale Bedeutung des EU-Parlaments werden von den Diskutanten über weite Strecken des Gesprächs dennoch nicht abgegeben. Die Debatte um das europäische „Stellenangebot“ für Stoiber hat eher einen unterhaltsamen Bezug und wenig substantielle Relevanz. Hier wäre ein stärkeres Eingreifen der Gesprächsleitung wünschenswert gewesen, um eher zentrale Inhalte der Europapolitik zu reflektieren. Zahlen, Daten und Fakten, die die Funktion und die Abläufe im Europäischen Parlament transparent machen, finden kaum Beachtung.

Sabine Christiansen selbst zeigt das gewohnte Muster einer zurückhaltenden Moderationstechnik. Sie lässt den Diskutanten weitestgehend freien Lauf im Rahmen ihrer Auftritte und versäumt es in weiten Teilen der Debatte, den Gesprächsverlauf angemessen zu strukturieren. Auch sorgt sie keineswegs dafür, dass die Redeanteile gleichmäßig verteilt werden. Insofern scheint die bereits angesprochene Kritik an ihrem Moderationsstil auch am untersuchten Fallbeispiel berechtigt zu sein.

Die Debatte bleibt sachlich, wenn von einigen wechselseitigen Beschimpfungen beim Kampf um die Redeanteile einmal abgesehen wird. Der Zuschauer lernt zumindest einige Europaparlamentarier und ihre Kernpositionen kennen, die bisher z.T. nur wenig öffentlich in Erscheinung traten.

In der Sendung „Berlin Mitte“ wird bereits durch die gewählte Gästekonstellation ein höherer Grad an Sachlichkeit geleistet. Wenn von einigen polemischen Wahlkampfäußerungen Stoibers einmal abgesehen wird, verläuft die Debatte auf einem verhältnismäßig hohen Niveau, das insbesondere durch die kenntnisreichen Beiträge Verheugens geprägt ist.

Der Unternehmer Klingenberg liefert interessante Aspekte aus der unternehmerischen Praxis. Auch Bisky gibt sich moderat und dialogfähig und zeigt Verständnis für die spezifischen Probleme mittelständischer Unternehmen.

Die beiden Profiboxer sind in dieser Sendung in mehrerer Hinsicht eine Fehlbesetzung. Zunächst stammen beide aus der Ukraine. Die EU-Mitgliedschaft dieses Landes steht in den nächsten Jahren überhaupt nicht auf der politischen Agenda. Insofern haben die in der Sendung geführten Debatten über die Ukraine nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun. Die beiden schlagkräftigen Brüder tragen verbal auch nur wenig zum Gelingen der Debatte bei. Beide formulieren wenig erhellende Statements über ihr Heimatland. Ihr soziales Engagement hat ebenfalls nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun. Dies gilt auch für die sportlichen Statements. Ein Fernsehzuschauer, der eine Sendung zum Themenkomplex „Europa“ einschaltet, hat kein Interesse an dem Ergebnis einer Blutprobe eines Boxers. Ob der Faktor

„Prominenz“ die Sendungsmacher dazu motiviert hat, die beiden Klitschkos einzuladen oder ob Maybrit Illner als ehemaliger Sportreporterin ein Herzenswunsch erfüllt werden sollte, ist nicht nachzuvollziehen. Vielleicht sollte einfach auch der Unterhaltungswert der Sendung durch die beiden populären Boxer gesteigert werden.

Die übrige Gästeliste ist hingegen durch kompetentere Diskutanten besetzt, obwohl Edmund Stoiber weniger über Europa referiert als über die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Weitestgehend dominieren die Beiträge von Stoiber und Verheugen die Debatte. Die beiden Boxer kommen kaum zu Wort, und auch Klingenberg und Bisky halten sich während der Diskussion auffallend zurück. Über lange Strecken ist ein Streitgespräch zwischen dem CSU-Vorsitzenden und dem SPD-Politiker zu beobachten, das von der Moderatorin jedoch gut kontrolliert wird. Gleichwohl sind auch hier die Redeanteile sehr unterschiedlich veranschlagt. Gelegentlich driftet die Diskussionsrunde zwar vom eigentlichen Thema ab. Dennoch werden durchaus Zusammenhänge und Prozesse der EU-Politik deutlich.

Es fällt auf, dass die Moderatorin wesentlich lockerer agiert als Sabine Christiansen. Illners Sprache ist bissiger; sie verfügt oftmals über einen ironischen Unterton. Es entsteht auch der Eindruck, dass sie – im Gegensatz zu Christiansen – keinen großen Respekt vor der politischen und wirtschaftlichen Prominenz in ihrer Sendung hat. Sie ist durchsetzungsfähiger als ihre ARD-Kollegin. Pointiert formuliert: *Illner unterbricht ihre Gäste, Christiansen wird von ihren Gästen unterbrochen.*

Stichwortartig werden folgenden Europathemen zumindest von mehreren Diskutanten in „Berlin Mitte“ angesprochen:

- Friedenspolitik,
- Arbeitsplätze,
- Türkei,
- Steuerpolitik,
- Zuwanderung, Investitionen,
- Bildung,
- Ukraine,
- Strukturwandel,
- Subventionen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass beide Sendungen durchaus politische Hintergründe, Zusammenhänge und Prozesse der europäischen Politik informativ vermitteln konnten, so dass der politisch interessierte Zuschauer eine Reihe von Hintergrundinformationen erhalten konnte. Die parteipolitische Wahlkampfzentrierung bei Christiansen sorgte an einigen Stellen dafür, dass das Diskursniveau an Qualität verlor. Eine weitere Problematik liegt darin, dass Gäste aufgrund ihrer Popularität eingeladen wurden, die jedoch nicht zwingend mit Sachkenntnis des Themas verbunden waren. Der Unterhaltungsfaktor mag durch die Verfolgung von Randthemen, die nichts mit dem Europathema zu tun haben, zwar steigen.<sup>24</sup> Bei einer politischen Diskussionsrunde sollte darauf nach Möglichkeit jedoch verzichtet werden, um die Fokussierung auf das Ausgangsthema nicht zu verlieren.

Die zentralen Themenfelder, Prozesse und Probleme der EU-Erweiterung sind zumindest grob skizziert worden. Bei „Sabine Christiansen“ war die Gruppe durch die Teilnahme der vier EU-Wahlkämpfer homogener. Von Weizsäcker konnte zur historischen Rahmung der Sendung konstruktiv beitragen. Er vermittelte ein fundiertes Erfahrungswissen und musste

---

<sup>24</sup> Dies hat vor allem Illner häufiger gemacht, indem sie neben dem Sport u.a. die Mehrwertsteuererhöhung oder den potenziellen Bau von Atomkraftwerken in Bayern angesprochen hatte.

nicht auf parteipolitische Interessen Rücksicht nehmen. Der Auftritt von Söder hat jedoch nur wenig Neues zum Europaschwerpunkt beigetragen.

Bereits die Gästerauswahl von „Berlin Mitte“ hat dazu beigetragen, das auch in dieser Sendung – jedoch auf einem verhältnismäßig sachlichen Niveau – zurückhaltend Wahlkampf geführt wurde. Dort waren mit Verheugen und Stoiber zwei Politikprofis zu Gast, die durchaus Impulse setzen konnten. Auch die Beispiele der EU-Erweiterung aus Unternehmenssicht durch Klingenberg haben die Debatte im Gegensatz zu den Profiboxern bereichert. Einen konkreten Kandidaten für das EU-Parlament gab es in der Runde nicht. Zwar wurde auch hier der politische Gegner angegriffen, jedoch moderater als in der ARD-Talkrunde.

Es gab jedoch zu viele unterschiedliche Debatten auf verschiedenen Ebenen. Eine stärkere Themeneingrenzung wäre wünschenswert gewesen, um vertiefende Informationen zu erhalten.

Die kompetenten Europaexperten Verheugen, Schulz und Brok konnten aus eigener Erfahrung fachkundige Informationen zur Europapolitik skizzieren und auch von Weizsäcker vermittelte fundierte historische Erkenntnisse. Die vermutlich aus Proporzgründen eingeladenen CSU-Politiker haben hingegen ebenso wenig prägnante Akzente in den Debatten setzen können wie die Kandidaten der Grünen und der FDP, die in den untersuchten Debatten einen weniger sachkundigen Eindruck machten und stärker auf ihre Selbstdarstellung konzentriert waren als auf eine inhaltliche Diskussion.

Ggf. wäre das Gespräch bei „Christiansen“ im konkreten Fall ergiebiger gewesen, wenn ausschließlich die Spitzenkandidaten, die sich um einen Sitz im EU-Parlament bewarben, eingeladen worden wären. Durch eine geringere Zahl an Gesprächsteilnehmern, die sich in einer vergleichbaren politischen Situation im Wahlkampf befinden und sich auf das Thema spezialisierten, wäre voraussichtlich eine stärker auf die Europapolitik ausgerichtete Debatte zu erwarten gewesen. Alternativ sollten aber auch Expertenrunden zusammengestellt werden, bei denen es weniger um parteipolitische Wettkämpfe geht als um die Vermittlung von fundierter Sachkenntnis. Die Debatte bei „Berlin Mitte“ lieferte hier bereits einen guten Ansatz.

## 6 Fazit

Abschließend sollte darauf hingewiesen werden, dass sich nach der kurzen Beschreibung der beiden Sendungen nur sehr begrenzt gültige Aussagen über den Argumentations- und Informationsgehalt über die konkreten Fallbeispiele der politischen Talkshows hinaus fällen lassen. Es wurden nur wenige typische Muster deutlich. Das Moderatorenverhalten unterscheidet sich immer auch in Abhängigkeit von der Qualität und Provenienz der Gäste, der eigenen Vorbereitung und den Themen der Sendungen.<sup>25</sup> So können an dieser Stelle nur vorläufige Eindrücke skizziert werden, die im Rahmen weitergehender Studien über einen längeren Zeitraum systematisiert und ausdifferenziert werden müssten.

Grundsätzlich ist es natürlich schwierig, ein Thema wie „Europa“ in einer politischen Diskussionsrunde in angemessener Form zu vermitteln. Die komplexen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der EU-Erweiterung sind im Rahmen einer TV-Gesprächssendung kaum angemessen zu verdeutlichen.

Folgende Regeln können dazu beitragen, die Inhalte politischer Talkshows zu verbessern:

---

<sup>25</sup> Aussagekräftig wäre hingegen eine systematische Untersuchung von politischen Gesprächssendungen über einen Zeitraum von mehreren Wochen, die z.B. Schultz (2004) unlängst vorgelegt hat. Auch kann an dieser Stelle der Prozess der Debatte durch Rede und Gegenrede nicht wiedergegeben werden. Dafür wäre eine komplette Transkription der Gesprächsabläufe erforderlich gewesen, die den Rahmen dieses Aufsatzes jedoch gesprengt hätte.

- Die Gäste sollten nicht nur den Nachrichtenwert „Prominenz“, sondern vor allem das Qualitätskriterium „Kompetenz“ erfüllen.
- Eine klare Strukturierung des Gesprächsverlaufes durch die Moderation ist von entscheidender Bedeutung, um das eigentliche Thema der Debatte nicht aus den Augen zu verlieren.
- Diskussionsteilnehmer sollten von der Gesprächsleitung unterbrochen werden, wenn sie vom eigentlichen Kern der Debatte abweichen.
- Die Moderation sollte darauf achten, eine gerechte Verteilung der Redeanteile vorzunehmen
- Die Worterteilung sollte in der Regel auch mit einer konkreten Frage verknüpft werden.
- Die von Diskussionsteilnehmern geäußerten nichtsagenden Floskeln und polemischen Angriffe auf den politischen Gegner sollten von der Moderation in der Debatte kritisch reflektiert und problematisiert werden.
- Es sollten konkrete Verständnisfragen zu politischen Prozessen, Verfahren und Zusammenhängen gestellt werden, die durchaus anhand konkreter Beispiele diskutiert werden können.
- Nicht beantwortete Fragen sollten auch als solche aufgezeigt und thematisiert werden.

Diese allgemeine Regeln können m.E. einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, dass das argumentative Diskursniveau politische Gesprächssendungen steigt.



## 7 Literatur

- Brosda, Carsten/Schicha, Christian (2002): Politikvermittlung im Unterhaltungskontext. Formen politischer Rituale und Ihrer Grenzen. In: Dies. (Hrsg.): Politikvermittlung in Unterhaltungskontexten. Medieninszenierungen zwischen Popularität und Populismus. Münster: Lit. 152-168
- Brunst, Klaudia (2002): Ideologie des Nullmediums. In: die tageszeitung vom 26./27.1.2002. 11
- Burkhart, Roland (1983): Politiker Diskussionen im Fernsehen. Berlin: Literas
- Christiansen, Sabine/Eser, Ruprecht (1999): „Wenn die Hände sprechen“. Interview von Nikolaus von Festenberg und Paul Lersch mit Sabine Christiansen und Ruprecht Eser. In: Der Spiegel 42/1999. 147-154
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Foltin, Hans-Friederich (1991): Confrontainment in deutschen Talkshows: Streit als Unterhaltung in amerikanischen und deutschen Produktionen. In: Kreuzer, Helmut/Schanze, Helmut (Hrsg.): „Bausteine II“. Siegen. 51-54
- Gäbler, Bernd (2001): Skandal im Wohnzimmer. In: Adolf Grimme Institut (Hg.): Jahrbuch Fernsehen 2000, Köln u.a.: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik. 9-22
- Gäbler, Bernd (2002): Talk Dich zum Kanzler. In: Der Tagesspiegel vom 6.6.2002. 35
- Geißler, Heiner (1989): „Politiker im Fernsehen“. In: Holly, Werner/Kühn, Peter/Püschel, Ulrich (Hg.): Redeshows. Fernsehdiskussionen in der Diskussion. Tübingen: Niemeyer. 147-154
- Kurt, Ronald (1998): Der Kampf um die Inszenierungsdominanz: Gerhard Schröder im ARD-Politikmagazin ZAK und Helmut Kohl im Boulevard Bio. In: Willems, Herbert/Jurga, Martin (Hrsg.): Inszenierungsgesellschaft. Ein einführendes Handbuch. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 565-582
- Lucas, Joachim (1992): Strategische Kommunikation am Beispiel politischer Fernsehdiskussionen. Eine sprachwissenschaftliche Untersuchung. Heidelberg (Dissertation)
- Matussek, Matthias (1999): Talk bei Mutter Beimer. In: DER SPIEGEL 42/1999. 144
- Meyer, Thomas/Ontrup, Rüdiger/Schicha, Christian (2000): Die Inszenierung des Politischen – Zur Theatralität medialer Diskurse. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Meyer, Thomas/Schicha, Christian/Brosda, Carsten (2001): Diskurs-Inszenierungen. Zur Struktur politischer Vermittlungsprozesse am Beispiel der Debatte zur ökologischen Steuerreform. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Nieland, Jörg-Uwe/Tenscher, Jens (2002): Talkshowisierung des Wahlkampfes? Eine Analyse von Politikerauftritten im Fernsehen. In: Sarcinelli, Ulrich/Schatz, Heribert (Hrsg.): Mediendemokratie im Medienland. Inszenierungen und Themensetzungsstrategien im Spannungsfeld von Medien und Parteieliten am Beispiel der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2000. Opladen: Leske und Budrich. 319-394
- o.V. (2003a): Sabine Christiansens Gesprächsführung ([www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell/\\_Mai\\_10\\_2002.html](http://www.rhetorik.ch/Aktuell/Aktuell/_Mai_10_2002.html)) (17.5.2003)
- o.V. (2003b): Sabines Welt. In: managermagazin 11/2003. 41-52
- Petter-Zimmer, Yvonne (1990): Politische Fernsehdiskussionen und ihre Adressaten. Tübingen: Gunter Narr.
- Rossum, Walter van (2004): Meine Sonntage mit „Sabine Christiansen“. Wie das Palaver uns regiert. Köln: Kiepenheuer & Witsch

- Schaffar, Birgit (2002): „Aktuelle Themen, interessante Gäste, kontroverse Diskussionen“? Eine tiefenhermeneutische Inhaltsanalyse der Talkshow „Sabine Christiansen“ Marburg: Tectum
- Schicha, Christian (1999): Politik auf der „Medienbühne“. Zur Rhetorik politischer Informationsprogramme. In: Schicha, Christian/Ontrup, Rüdiger (Hrsg.): Medieninszenierungen im Wandel. Interdisziplinäre Zugänge. Münster: Lit. 138-167
- Schicha, Christian (2000): Die Visualisierung des Politischen. Zur Relevanz der Bilder in der Politikvermittlung. In: Psychosozial 4/2000. 99-112
- Schicha, Christian (2001): Medienethische Kriterien der politischen Berichterstattung – Aspekte einer angemessenen Politikvermittlung im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis. In: Medienimpulse 4/2001. 15-22
- Schicha, Christian (2002): Die Inszenierung politischer Diskurse. Beobachtungen zu Politikerauftritten in Fernsehtalkshows. In: Tenscher, Jens / Schicha, Christian (Hrsg.) (2002): Talk auf allen Kanälen Angebote, Akteure und Nutzer von Fernsehgesprächssendungen. Wiesbaden: Westdeutscher. 213-232
- Schicha, Christian (2003): Die Theatralität der politischen Kommunikation. Medieninszenierungen am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2002. Münster: Lit
- Schicha, Christian/Brosda, Carsten (Hrsg.) (2002): Politikvermittlung in Unterhaltungsformaten. Medieninszenierungen zwischen Popularität und Populismus. Münster: Lit
- Schultz, Tanjev (2004): Die Moderation politischer Gesprächsrunden im Fernsehen. Eine Inhaltsanalyse von „Sabine Christiansen“, „Berlin Mitte“, „Presseclub“ und 19:zehn“. In: Publizistik, Heft 3, September 2004, 49. Jahrgang. 292-318
- Stuck, Silke (2000): Hellwach und unerschrocken. Maybrit Illner mitten auf Berlins Polit-Punkt. In: Vivian Nr. 42
- Tenscher, Jens (1999): „Sabine Christiansen“ und „Talk im Turm“. Eine Fallanalyse politischer Fernsehtalkshows. In: Publizistik. Heft 3/1999. 44. Jg. 317-333
- Tenscher, Jens / Schicha, Christian (Hrsg.) (2002): Talk auf allen Kanälen Angebote, Akteure und Nutzer von Fernsehgesprächssendungen. Wiesbaden: Westdeutscher
- Thierse, Wolfgang (2001): Wird Politik zur Quasselshow? Interview von Maybrit Illner mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. In: Hörzu 28/2001.
- Völkel, Michael (2003): Das Lexikon der TV-Moderatoren. Anekdoten, Fakten und Sprüche aus 50 Jahren TV-Geschichte. Berlin: Schwarzkopf und Schwarzkopf
- Weinrich, Lotte (1992): Verbale und nonverbale Strategien in Fernsehgesprächen. Tübingen: Gunter Narr
- Westphalen, Joseph von (2000): Ein Abgrund namens Langeweile. Sabine Christiansen. In: Roth, Jürgen/Bittermann, Klaus (Hrsg.): Das große Rhabarbern. 42 Fallstudien über die Talkshow, München: dtv. 44-46

## **8 Informationen über den Autor**

- Dr. Christian Schicha (\*1964)
- Homepage: [www.schicha.net](http://www.schicha.net)
- E-Mail: [schicha@t-online.de](mailto:schicha@t-online.de)
- Studium der Kommunikationswissenschaft, Germanistik und Philosophie an der Universität Essen.
- 1991 Magister Artium an der Universität Essen in 1991
- 1995 Dr. phil an der Universität Essen
- 1991-2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten in Essen, Dortmund und Düsseldorf
- Seit 1996 Vorstandssprecher des „Institutes für Informations- und Kommunikationsökologie e.V. (IKÖ)“ in Duisburg
- Seit 1999 Verantwortlicher Redakteur der „Zeitschrift für Kommunikationsökologie“
- Seit 2000 Jurymitglied der Initiative Nachrichtenaufklärung ([www.nachrichtenaufklaerung.de](http://www.nachrichtenaufklaerung.de))
- Seit 2001 freier Mitarbeiter an der Business and Information Technology School (BiTS) u.a. mit den Lehrveranstaltungen:
  - Bundestagwahl
  - Kommunikation und Rhetorik
  - Moderation und Präsentation,
  - Präsentation und Rhetorik
  - Textkompetenz und wissenschaftliches Arbeiten
  - Wissens- und Kommunikationsmanagement
  - Wissenschafts- und Erkenntnistheorie
- 2002 – 2003 Forschungsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)
- Seit 2004 Vorstandsmitglied des Vereins zur Förderung der publizistischen Selbstkontrolle ([www.publizistische-selbstkontrolle.de](http://www.publizistische-selbstkontrolle.de))
- Seit 2004 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Marburg im Fach Medienwissenschaft.

## 9 Auswahl aus dem Schriftenverzeichnis

- Medien, Moral und Kommunikation. Handlungsoptionen zwischen normativen Ansprüchen und praktischen Umsetzungsmöglichkeiten, Duisburg 1998
- Medieninszenierungen im Wandel - Interdisziplinäre Zugänge, Münster 1999 (Herausgeber mit Rüdiger Ontrup)
- Internet und Bildung - Perspektiven für die Informationsgesellschaft, Duisburg 1999 (Herausgeber mit Thomas Langkau and Wilhelm Trampe)
- Kriterien einer „nachhaltigen“ Wirtschaftsethik. Kommunikation im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie, Duisburg 2000
- Risiko und Risikokommunikation, Beiträge aus philosophischer, soziologischer und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive, Duisburg 2000 (Herausgeber mit Thomas Langkau)
- Medienethik zwischen Theorie und Praxis - Normen für die Kommunikationsgesellschaft, Münster 2000 (Herausgeber mit Carsten Brosda)
- Infotainment und Aspekte medialer Wahrnehmung, Duisburg 2000 (Herausgeber mit Jörg-Uwe Nieland)
- Die Inszenierung des Politischen – Zur Theatralität von Mediendiskursen, Wiesbaden 2000 (mit Thomas Meyer und Rüdiger Ontrup)
- Diskurs-Inszenierungen. Zur Struktur politischer Vermittlungsprozesse am Beispiel der ökologischen Steuerreform. Opladen 2002 (zus. mit Carsten Brosda und Thomas Meyer), Politikvermittlung in Unterhaltungsformaten. Medieninszenierungen zwischen Popularität und Populismus. Münster 2002 (hrsg. zus. mit Carsten Brosda),
- Talk auf allen Kanälen. Angebote, Akteure und Nutzer von Fernsehgesprächssendungen. Wiesbaden 2002 (hrsg. zus. mit Jens Tenscher)
- Das Private in der öffentliche Kommunikation – Big Brother und die Folgen, Köln 2002 (Herausgeber mit Martin K.W. Schweer und Jörg-Uwe Nieland)
- Politikvermittlung in Unterhaltungsformaten, Medieninszenierungen zwischen Popularität und Populismus, Münster 2002 (Herausgeber mit Carsten Brosda)
- Talk auf allen Kanälen. Angebote, Akteure und Nutzen von Fernsehgesprächen, Wiesbaden 2002 (Herausgeber mit Jens Tenscher)
- Medien und Terrorismus Reaktionen auf den 11. September 2001, Münster 2002 (Herausgeber mit Carsten Brosda)
- Die Theatralität der politischen Kommunikation. Medieninszenierungen am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2002. Schriftenreihe der Business and Information Technology School, Band 1, Münster 2003
- Political information as entertainment, Paper for the European Consortium for Political Research – Panel on ‘The Entertainization of Political Information’, Marburg, 18–21 September, BiTS-Publikation, Iserlohn 2003

